

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2013

Spendenempfehlung: 2,00 €

Ausgabe März-April 2013

Redaktionsnotiz	3
Hugo Chávez ist tot	4
<i>Fidel Castro Ruz: Wir haben unseren besten Freund verloren</i>	4
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Regionalgruppe Essen:</i>	
An die Botschaft der Bolivarianischen Republik Venezuela	6
Zum 8. März	7
<i>Gerhard Feldbauer: Mathilde Franziska Anneke -</i>	
Eine leidenschaftliche Revolutionärin und Kämpferin	
für die Rechte der Frau	7
20. Parteitag der DKP	11
<i>Frank Flegel: Linksruck in der DKP?</i>	11

KI	Österreich
Fehler! Textmarke nicht definiert.	
<i>Tibor Zenker: 8. Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich</i>	
Fehler! Textmarke nicht definiert.	
<i>8. Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich: Resolution „Zur Gründung und zu den Grundsätzen einer revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse“</i>	
	23
Die KKE zur Politik der kommunistischen Partei	37
<i>Internationale Abteilung des ZK der KKE:</i>	
<i>Zwischen zwei schwierigen Kämpfen</i>	
	37
Italien nach den Wahlen	45
<i>Gerhard Feldbauer: Gefährlicher Rechtsruck bei Parlamentswahlen in Italien. Neuwahlen möglich – Staatspräsident Napolitano lehnt aber ab</i>	
	45
Nachlese zur LL-Demo und den Spaltern	51
<i>Heinz W. Hammer: Zurückweichen?</i>	
	51
<i>Redaktion offen-siv: Ho Chi Minh auf dem Index der Spalter!</i>	
	52
<i>Ho Chi Minh: Testament, 10. Mai 1969</i>	
	53
Resonanz	56
<i>Dieter Itzerott: Unverzichtbar - zu offen-siv Jan.-Febr. 2013</i>	
	56
<i>Emko: Leserbrief zur Offensiv 1/2013 - Wichtiger als die Rest-Offensiv</i>	
	57

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonten:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

Kommunistische Zeitschriften kümmern sich normalerweise nicht um die katholische Kirche und deren Papst. Aktuell scheint es uns aber angezeigt, doch ein paar Worte dazu zu verlieren.

Im bürgerlichen Mainstream heißt es, dass durch „Franziskus I.“ eine neue Amtsführung des „Pontifikats“ zu erwarten sei, der neue Papst zwar konservativ sei, es aber trotzdem eine neue Kultur im Vatikan gäbe, er der „Anwalt der Armen“ und unglaublich bescheiden sei, seinen Koffer selbst aufs Zimmer trage usw. Das alles ist kein Problem, die Lohnschreiber erledigen ihren Klassenauftrag.

Das Problem ist, dass in der linken Presse am neuen Papst gelobt wird, dass endlich einmal einer aus Südamerika gewählt wurde, die Dominanz Europas damit gebrochen wäre und Hoffnungen der Völker Lateinamerikas eine Stimme bekommen hätten, weil er ja - wie die Bürgerlichen auch schon anmerkten - ein Anwalt der Armen sei. Hin und wieder gibt es marginale Kritik von dort, z.B. am Vorleben des neuen Papstes, er sei schon immer gegen die Theologie der Befreiung gewesen, habe evtl. sogar einige deren Vertreter an die Herrschenden verraten, sei gegen die Abtreibung, die „Homo-Ehe“ und noch mehreres anderes gewesen. Aber trotz allem, er sei bescheiden und stehe für die Armen.

Wir wollen folgendes zu bedenken geben: Als der Imperialismus u.a. wegen der revisionistischen Aufweichungserscheinungen in den Kommunistischen Parteien (nicht nur) Osteuropas die Chance für eine dortige Konterrevolution witterte und aktuell Polen als die angreifbarste Flanke der Länder des Warschauer Paktes ausgemacht hatte, wurde 1978 erstmals in der Kirchengeschichte ein Kardinal aus Polen zum Papst gewählt, er hieß Karol Wojtyla, als Papst nannte er sich Johannes Paul II¹. In der jetzigen Situation, in der Hugo Cháves stirbt und der Imperialismus Chancen für ein „roll-back“ nicht nur gegen Venezuela, sondern auch gegen Cuba wittert, wird erstmals in der Kirchengeschichte ein Kardinal aus Lateinamerika („Anwalt der Armen“, „bescheiden“, usw.), als Papst gewählt. Das kann kein Zufall sein.

Nun zu diesem Heft: Es gibt so viel Aktuelles, dass wir unsere Ankündigung, die Veröffentlichungen zur Analyse der imperialistischen Konkurrenz fortzusetzen, jetzt zurücknehmen und auf die nächsten Ausgaben verschieben müssen.

¹ Von diesem wird kolportiert, den US-Geheimdienst CIA mit den Worten in die Schranken gewiesen zu habe: „Polen überlassen sie besser uns, der Vatikan hat mit so etwas 2.000 Jahre Erfahrung“.

Inhaltlich wichtig waren uns für dieses Heft der Tod des Revolutionärs Hugo Chávez, die Analyse der Wahlen in Italien, der neue Schritt der KI Österreich, der 20. Parteitag der DKP, die KKE, der 8. März und ein Rückblick auf die ideologische Verfasstheit der Spalter (emanzipatorische Linke) gegen die „LL-Demo“ im Januar in Berlin.

Wir danken denjenigen, die uns in der jetzigen sehr schwierigen Lage unterstützt haben, sei es durch Solidaritätsbekundungen, Ermutigungen, Leser/innen-Briefe oder finanzielle Zuwendungen. Ohne Euch wären alles nichts – und wir schon längst aus der kommunistischen Publizistik verschwunden. Bitte unterstützt uns weiter. Wir stehen war nicht mehr vor dem unmittelbaren Bankrott, aber mehr als die nächsten zwei Ausgaben sind z.Zt. nicht gesichert.

Red. Offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Inland: Konto Frank Flegel, Kt.Nr.: 30 90 180 146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort: Offensiv

Ausland: Konto Frank Flegel,

Internat. Kontonummer (IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

<h2>Hugo Chávez ist tot</h2>

Fidel Castro Ruz: Wir haben unseren besten Freund verloren

Am späten Nachmittag des 5. März 2013 ist der beste Freund gestorben, den das kubanische Volk im Lauf seiner Geschichte hatte. Ein Satellitentelefonat brachte die bittere Nachricht. Die Bedeutung der Nachricht war unmissverständlich. Obwohl wir von seinem kritischen Gesundheitszustand wussten, traf sie uns mit aller Härte. Sie rief mir die vielen Male in Erinnerung, die er mit mir scherzte, er werde mich noch einmal zu einem Spaziergang am Arauca-Fluss in Venezuela einladen, wenn wir beide unsere Aufgaben für die Revolution beendet haben. Was ihn wiederum daran erinnerte, dass er nie eine Ruhepause gehabt hat.

Uns bleibt die Ehre, mit dem bolivariischen Anführer dieselben Ideen von sozialer Gerechtigkeit und der Unterstützung der Armen geteilt zu haben. Die Armen sind die Armen – an welchem Ort der Erde auch immer.

„Gib mir, Venezuela, womit ich dir nützlich sein kann, es hat in mir einen Sohn“, hatte der Nationalheld und Verfechter unserer Unabhängigkeit, José Martí, gesagt. Ein Reisender, der sofort nach der Statue Simón Bolívars fragte, noch bevor er den Staub des Weges abgeschüttelt hatte.

Martí kannte das Ungeheuer, weil er in dessen Innerem gelebt hatte. Ist es möglich, die tiefgreifenden Worte zu ignorieren, die er am Vorabend seines Todes in der Schlacht in dem unvollendet gebliebenen Brief an seinen Freund Manuel Mercado geäußert hat? „Ich bin bereits jeden Tag in Gefahr, mein Leben für mein Land zu geben – eine Aufgabe, die ich verstehe und derer gegenüber ich den Mut habe, sie zu erfüllen. Es ist meine Pflicht, durch die Unabhängigkeit Kubas rechtzeitig zu verhindern, dass sich die Vereinigten Staaten auf die Antillen ausdehnen und mit dieser zusätzlichen Kraft über unser Amerika herfallen. Alles, was ich bis heute getan habe und noch tun werde, ist darauf gerichtet. Es musste in Stille und wie indirekt geschehen, denn es gibt Dinge, die im Verborgenen angegangen werden müssen, um sie zu erreichen.“

Es waren damals 66 Jahre vergangen, seit der Befreier Simón Bolívar geschrieben hatte: "Die Vereinigten Staaten scheinen von der Vorsehung dazu bestimmt zu sein, Amerika im Namen der Freiheit mit Elend zu überziehen."

Am 23. Januar 1959, 22 Tage nach dem Sieg der Revolution in Kuba, besuchte ich Venezuela, um seinem Volk und der Regierung, die die Macht nach der Diktatur von Pérez Jiménez übernommen hatte, für die Übersendung von 150 Gewehren Ende 1958 zu danken. Ich sagte damals:

"Venezuela ist das Vaterland des Befreiers, wo die Idee von der Union der Völker Amerikas entstanden ist. Also muss Venezuela das führende Land der Union der Völker Amerikas sein. Wir Kubaner unterstützen unsere Brüder aus Venezuela. Ich habe nicht von diesen Ideen gesprochen, weil mich persönlichen Ambitionen oder Ruhmessucht bewegen würden, denn schließlich bleibt das Streben nach Ruhm nichts anderes als Eitelkeit und, wie Martí sagte, ‚Aller Ruhm der Welt passt in ein Maiskorn‘. Wenn ich also gekommen bin, um zum Volk von Venezuela zu sprechen, dann weil ich ehrlich denke, dass, wenn wir Amerika retten wollen, wenn wir die Freiheit jeder einzelner unserer Gesellschaften retten wollen, die letztlich Teil einer großen Gesellschaft sind, der Gesellschaft Lateinamerika; und wenn wir die Revolution Kubas und die Revolution Venezuelas und die Revolution aller Länder unseres Kontinents retten wollen, wir uns annähern und uns fest unterstützen müssen, denn allein und zersplittert werden wir scheitern." Das sagte ich an jenem Tag. Und heute, 54 Jahre danach, bekräftige ich es.

Ich muss in diese Liste lediglich die übrigen Völker der Welt einfügen, die in mehr als einem halben Jahrhundert Opfer von Ausbeutung und Ausplünderung waren. Das war der Kampf von Hugo Chávez.

Nicht einmal er selbst ahnte, wie groß er wirklich war.

Immer bis zum Sieg, unvergesslicher Freund!

Fidel Castro Ruz, 11. März 2013 (Übersetzung: Julia Zieger, amerika21.de)

Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Regionalgruppe Essen: An die Botschaft der Bolivarianischen Republik Venezuela

Werte Compañeras und Compañeros,

wir möchten Euch unsere tief empfundene Anteilnahme zum Tod des Comandante und Präsidenten Hugo Rafael Chávez Frías, des unangefochtenen Anführers des bolivarianischen Prozesses in Venezuela, ausdrücken.

Wir teilen die Aussage in der Erklärung des Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Venezuelas - PCV, wonach Präsident Chávez *sich sein ganzes Leben lang für den Aufbau und die Verteidigung seines Heimatlandes einsetzte, für die Eroberung einer Gesellschaft der Gerechtigkeit und Freiheit für das arbeitende Volk Venezuelas, Lateinamerikas und der Welt, in Konfrontation mit dem weltweiten Imperialismus und seinen Lakaien.*

Hugo Chávez hat mit seinen Worten und Taten bewiesen, dass er ein würdiger Repräsentant des neuen, freien Lateinamerika war.

Ein großartiger, standhafter Kämpfer und Internationalist, den insbesondere tiefe Gemeinsamkeiten mit der cubanischen Revolution und speziell mit den Comandantes Fidel und Raúl Castro verbanden, ist gegangen, aber die Spuren seiner unermüdlichen Aktivitäten werden unverwüstlich bleiben.

Die nationale und internationale Reaktion wird zweifellos versuchen, die Situation zu nutzen.

So sprach der US-Präsident Barack Obama, »das schöne Gesicht des Imperialismus«, in eine ersten Stellungnahme bereits davon, dass für Venezuela nun »ein neues Kapitel aufzuschlagen« sei.

Wir alle wissen, dass damit nur eine Rückkehr zu den »alten Kapiteln« gemeint sein kann, die Rückkehr zur uneingeschränkten Macht der nationalen Bourgeoisie in

Verbund mit den internationalen Konzernen und dem US-Imperialismus, zu Analphabetismus und Verelendung der Volksmassen.

Wir bringen unsere Zuversicht zum Ausdruck, dass das venezolanische Volk mit Unterstützung der lateinamerikanischen Brüdervölker und der internationalen Solidaritätsbewegung die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit Würde, Mut und Stolz bestehen und das Erbe des Comandante in eine menschenwürdige, lichte Zukunft führen wird.

Den Angehörigen des Comandante und dem Volk Venezuelas sprechen wir unser Beileid ebenso wie unsere Solidarität aus.

¡Comandante Hugo Chávez - Presente!

Mit internationalistischem Gruß, *Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender*

<h2>Zum 8. März</h2>

Gerhard Feldbauer: Mathilde Franziska Anneke - Eine leidenschaftliche Revolutionärin und Kämpferin für die Rechte der Frau

Mathilde Franziska Anneke, eine leidenschaftliche Teilnehmerin an der deutschen Revolution 1848/49, danach eine herausragende Persönlichkeit der amerikanischen Demokratie- und Frauenbewegung, war lange Zeit in Deutschland kaum bekannt. Sie wurde 1817 im westfälischen Sprockhövel, einer heute 25.000 Einwohner zählenden Kleinstadt, geboren. Über das kampferfüllte Leben der prominenten Einwohnerin hat jetzt die Leiterin des Archivs ihrer Geburtsstadt, Karin Hockamp, unter dem Titel „Von vielem Geist und großer Herzensgüte“ eine eindrucksvolle Biografie verfasst. Es ist eine fundierte Publikation, gut mit Quellen belegt, einprägsam und menschlich einfühlsam geschrieben und mit zahlreichen Abbildungen illustriert.

In Deutschland war Mathilde eine "Tochter aus gutem Hause, hungernde Poetin, revolutionäre Journalistin und Schriftstellerin, politisch verfolgte Asylantin“, schreibt Karin Hockamp. Die „frühe Feministin und Sozialistin“ ließ sich von ihrem gewalttätigen Ehemann scheiden und schlug sich mehr schlecht als recht als alleinerziehende Schriftstellerin mit ihrer kleinen Tochter durch, von der so genannten „besseren Gesellschaft“ verachtet.

Ordonanzreiterin in der Revolutionsarmee

Mathilde und ihr zweiter Mann Fritz Anneke, ein ehemaliger preußischer Artillerieoffizier, Mitglied der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten, nahmen in der letzten Etappe der deutschen Revolution 1849 an den Kämpfen in den Reihen der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee teil. 1853 erschien in den USA, wohin die Annekes nach der Niederlage der Revolution mit Zehntausenden anderen flüchteten, die Erstausgabe ihrer „Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Kriegszug“ (Newark, New Jersey), später eine Wiedergabe in den "German American Annals" (Philadelphia 1918), Nachdruck Bochum 1976. Noch heute widerspiegeln diese Erinnerungen die leidenschaftliche Anteilnahme, den Schmerz über die Niederlage, die Trauer über den Verlust so vieler, die ihr Leben hingaben. Sie gibt zu, dass sie auch aus Liebe mit ihrem Mann in den Krieg zog, um dann zu gestehen: „der Hass, der glühende, im Kampf des Lebens erzeugte Hass gegen die Tyrannen und Unterdrücker der heiligen Menschenrechte“ habe sie getrieben. Ihre Aufzeichnungen endeten mit den Worten: "Lebe wohl, deutsche Erde! Lebe wohl, mein armes unglückliches Mutterland".

Mathilde war im Badisch-Pfälzischen Feldzug 1849 als Ordonanzreiterin auch bei den Gefechten des Freikorps von Oberst August Willich zugegen, in dem Friedrich Engels Stabschef und Adjutant war. Ihre Memoiren enthalten detaillierte Schilderungen der Gefechte, so auch wie Engels bei Rinnthal als Kommandeur eines Seitendetachements mehrere Stunden „zeitweise im dichtesten Feuer“ stand. "Sein Eifer und sein Mut wurden von seinen Kampfgenossen ungemein lobend hervorgehoben", schrieb sie.

Auf dem Wall der Festung Rastatt

Unterhalb der Festung Rastatt an der Murg stellten sich am 28./29. Juni 1849 noch 13.000 Kämpfer der Revolutionsarmee der Übermacht von über 40.000 Mann des preußischen Interventionskorps zur letzten Schlacht, die sie, gestützt auf die weitreichende schwere Festungsartillerie, trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit lange Zeit für sich entscheiden konnten und die Preußen an verschiedenen Abschnitten sogar weit zurückwarf. Mathilde verfolgte die zweitägigen erbitterten Kämpfe vom Wall der Festung aus, während ihr Mann unten an der Murg die Artillerie kommandierte. Die Preußen konnten die Schlacht erst für sich entscheiden, als sie überraschend über das neutrale Württemberg vorstießen, die badisch-pfälzischen Einheiten unter dem Kommando des polnischen Revolutionärs Ludwik Mieroslawski umgingen und dessen rechten Flügel zerschlugen. Während ein Teil der Truppen nach der Niederlage sich in die Festung zurückzog, marschierten etwa 7.000 Mann nach Süden. Mit einer Nachhut des Freikorps Willich deckte Engels den Rückzug, der am 11. und 12. Juli bei Lottstetten mit dem Übertritt in die Schweiz endete.

Der Exekution entkommen

Um die Zivilbevölkerung vor dem Artilleriebeschuss zu bewahren, kapitulierte Rastatt am 23. Juli. Der preußische Befehlshaber, General Graf von der Groeben, der eine angemessene Behandlung der Gefangenen zugesagt hatte, ließ stattdessen sofort den Festungskommandanten, Oberst Tiedemann, und 27 seiner Offiziere standrechtlich erschießen. Zahlreiche weitere folgten. „Ich habe fast alle gekannt“, schrieb Mathilde. Die Henkersknechte nennt sie „preußische Standrechtsbestien“. Hunderte sterben in den Kasematten der Festung ohne medizinische Hilfe an Typhus, unzählige werden heimlich ermordet, Tausende fallen im ganzen Land dem Terror der Feudalreaktion zum Opfer, Zehntausende werden gerichtlich verfolgt, insgesamt 700.000 Teilnehmer an den Erhebungen 1848/49 werden in die Emigration getrieben.

Mathilde und Fritz gelang es zu entkommen, bevor die Preußen den Belagerungsring um die Festung schlossen. Über Straßburg und die Schweiz flohen sie in die USA, wo sie sich zunächst in Milwaukee/Wisconsin, einer Stadt mit zahlreichen Deutschstämmigen, niederließen. Fritz kämpfte später, wie viele aus der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee, im Bürgerkrieg als Oberst in den Reihen der Unionstruppen.

Ringens um politische und soziale Gerechtigkeit

Dass die Teilnahme an der Revolution in Deutschland, die Mathildes weiteres Leben entscheidend prägte, in der Biografie zu kurz kommt, ist der Tatsache geschuldet, dass Karin Hockamp sich auf ihr atemberaubendes Leben in den USA konzentriert. In Deutschland von bourgeoisen Schreiberlingen als „Flintenweib“ diffamiert, galt sie dort "als die bedeutendste Frau der Achtundvierziger, die sich und ihre demokratischen Ideen ans andere Ufer gerettet hatte". In den USA, wo ihr Wirken „zu einem bedeutenden Faktor im Ringen um politische und soziale Gerechtigkeit." wurde, fand Mathilde große Achtung und Anerkennung. Sie hielt Vorträge über die deutsche Revolution, über Literatur des Vormärz (Heine, Herwegh, Freiligrath, Sallet), engagierte sich in fortschrittlichen und politisch radikalen Gruppierungen, trat der Gemeinde der Freidenker bei und wurde später Gründungsmitglied der Frauensektion der I. Internationale. Ab 1852 gab sie die "Deutsche Frauenzeitung" heraus, die sie zweieinhalb Jahre leitete und zu einer für diese Zeit erstaunlichen Auflage von 2.000 Exemplaren brachte. Auf ihren zahlreichen Vorträgen forderte sie Gleichberechtigung und vor allem das Wahlrecht für Frauen, trat für die Aufhebung der Sklaverei und für die Trennung von Kirche und Staat ein. Von der Leidenschaft, mit der sie sprach, zeugten Worte wie diese: "Auf denn, Ihr Schwestern! Werft den hohlen Flitter des Putzes und der Eitelkeit ab und schafft, dass Euch der Mann um dessentwillen liebt, was Ihr seid." In diesem kampferfüllten Leben gebar Mathilde sieben Kinder, von denen sie fünf begraben musste. Karin Hockamp verdeutlicht, dass Mathilde dabei

dem Leben der Menschen stets mit Verständnis und „großer Herzensgüte“, so der bewusst gewählte Titel, gegenüberstand.

Ab 1860 wieder längere Zeit in Europa, gehörten zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis die amerikanische Schriftstellerin Mary Booth, Georg und Emma Herwegh, Gottfried Keller, aber auch Ferdinand Lassalle und Gräfin Hatzfeld. Einem neuen revolutionären Aufschwung in Deutschland stand sie skeptisch gegenüber. "An die Revolution in Deutschland glaube ich nicht. Der Michel kann zu viele Fußtritte vertragen und fürchtet sich zu sehr vor den Gendarmen", schrieb sie.

Ein Mädchen-Institut orientiert an der Pädagogik Friedrich Fröbels

Zurück in den USA gründete Mathilde, die Pädagogin aus Naturtalent, mit der Lehrerin Cäcilie Kapp, die sie in der Schweiz kennengelernt hatte, 1865 in Milwaukee ein Mädchen-Institut mit Internat, das sich an der Pädagogik Friedrich Fröbels orientierte. Neben Literatur wurde großer Wert auf Mathematik und Naturwissenschaften gelegt und den jungen Frauen eine Lebenssicht vermittelt, die aus dem Kreis "Kinder, Küche, Kirche" herausführen sollte. Das in den USA hoch angesehene Institut zählte bis zu 65 Schülerinnen.

Mathilde verstarb am 25. November 1884 in Milwaukee. Zu einer großen Zahl von Nachrufen gehörte auch der in der "New Yorker Zeitung", den die „Hattinger Zeitung“ (der Stadt, in der sie längere Zeit wohnte) unter der Überschrift "Eine berühmte Deutsch-Amerikanerin" abdruckte. Dass Mathilde eine ehemalige Bürgerin der Stadt war, geriet jedoch bald wieder in Vergessenheit. Erst ein Jahrhundert später sollte sich das ändern.

Späte Ehrung in der deutschen Heimat

Von und über Franziska Anneke erschienen neben ihren Memoiren über den „badisch-pfälzischen Kriegszug“ mehrere weitere Publikationen, darunter von Klaus Schmidt „Mathilde Franziska und Fritz Anneke. Eine Biographie“, Köln 1999. Das ausführliche Literaturverzeichnis enthält die zahlreichen Bücher und Schriften Mathildes. Im gleichen Jahr erschien in Münster ein Bericht von Wilfried Reininghaus: „Die Revolution 1848/49 in Westfalen und Lippe“ über die Tagung der Historischen Kommission für Westfalen am 18./19 Februar 1999 in Iserlohn, aus dem der Beitrag von Franz-Werner Kersting „Das Weib in Conflict mit den socialen Verhältnissen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49“ herausragte. Eindrucksvoll sind die 2004 von Erhard Kiehnbaum unter dem Titel: „Bleib gesund mein liebster Sohn Fritz...“ veröffentlichten Briefe Mathilde Franziska Annekes an Friedrich Hammacher 1846-1849. Online ist abrufbar: Anneke, Mathilde Franziska (Biographie im Internetportal „Westfälische Geschichte“ des LWL).

Lange Zeit in Deutschland ignoriert, fand sie seit dem Nachdruck ihrer Memoiren 1976 in Bochum auch in ihrem Geburtsland Aufmerksamkeit. Am Geburtshaus Overleveringhausen in Sprockhövel erinnert eine Gedenktafel an sie. 1988 widmete die Bundespost ihr eine Briefmarke in der Reihe „Frauen in der deutschen Geschichte“. In den 1980er Jahren fand sie Aufnahme in das Figurenprogramm des Kölner Rathauses. Die von der Bildhauerin Katharina Hochhaus gestaltete Figur wurde 1995 an der Ostseite des Turmes aufgestellt. Im Rahmen der "Ruhr 2010" verlieh der Bürgermeister von Sprockhövel einen "Anneke-Preis" für besondere Leistungen im Frauenbildungsbereich an den "Frauensalon" des IG Metall-Bildungszentrums. Ab 2013 soll er alle zwei Jahre vergeben werden. Auskunft über Leben und Wirken Mathildes gibt auch das 1986 eingerichtete Stadtarchiv von Sprockhövel, für das der damalige Archivar Kopien des Nachlasses der Familie Anneke aus den USA beschaffte und damit den Grundstein für einen Bestand legte, der seitdem ständig erweitert wurde.

Mahnung für die Gegenwart

Karin Hockamp hob im Vorwort hervor: "In Zeiten, in denen Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen auf Bildung und Wohlstand auch in unserer Gesellschaft in erschreckendem Maße zur Disposition stehen, Werte und Maßstäbe einem dramatischen Wandel unterliegen, kann nicht genügend auf den radikalen Humanismus der Mathilde Franziska Anneke und ihr lebenslanges Streben nach einer besseren Welt hingewiesen werden. Sie hat, allen Schwierigkeiten und Schicksalsschlägen zum Trotz, ihre Ideale nicht nur propagiert, sondern sie auch selbst gelebt."

Karin Hockamp: „Von vielem Geist und großer Herzengüte“. Mathilde Franziska Anneke (1817-1884). Stadt Sprockhövel & Stadt Hattingen. Universitätsverlag Brockmeyer, Bochum 2012. ISBN: 978-3-8196-0881-0.

20. Parteitag der DKP

Frank Flegel: Linksruck der DKP?

Am 2. und 3. März 2013 tagte in Mörfelden der 20. Parteitag der DKP. Dort wurde u.a. eine neue Parteiführung gewählt. Außerdem standen Anträge zur Debatte und zur Abstimmung, von denen allerdings viele und vor allem richtungsweisende aus Zeitgründen nicht behandelt wurden. Es ist deshalb eine weitere Tagung des 20. Parteitages beschlossen worden. Im Vorfeld des Parteitages gab es zum Teil heftige

Auseinandersetzungen um theoretische Grundpositionen und damit auch um den Kurs der Partei.

Die Zeitschrift „Theorie und Praxis“ brachte vor dem Parteitag zwei Artikel von Sepp Aigner, die die Probleme recht offen benannten. Hier einige Auszüge:

„Die Partei ist seit dem letzten Parteitag noch einmal schwächer geworden. Die Mitgliederzahl hat sich auf gut 3.500 vermindert. Eine Trendwende wurde nicht erreicht. Das liegt nicht nur an den objektiven Umständen. Es ist auch Resultat eines politischen Kurses. Leo Mayer forderte, die Partei müsse „revolutionärer, wissenschaftlicher, demokratischer, effektiver“ (UZ, 20.7.2012) werden – dazu hatten er und Bettina Jürgensen lange genug Zeit! Ihr Kurs, immer näher an die Linkspartei heranzurücken, stärkt die Partei nicht. Für Menschen, die sich links organisieren wollen, liegt es näher, dies bei der verhältnismäßig großen und einflussreichen Linkspartei zu tun.

Es gibt ein Potenzial links von der Linkspartei. Das zeigen die verschiedenen Gründungsversuche neuer sozialistischer Organisationen, die diversen Gruppierungen von Kommunisten und Sozialisten neben der DKP und die große Zahl von Menschen, die sich als Kommunisten verstehen, sich aber nicht in der DKP organisieren. Diese ist für sie kein Anziehungspunkt. Die jungen vom Antifaschismus ausgehenden Kräfte, die an der Gewinnung kommunistischer Positionen arbeiten, orientieren sich kaum an uns. Selbst in der SDAJ sind Tendenzen der Entfremdung von der Partei zu beobachten. (...)

Eine der Bedingungen für eine erfolgreichere Politik ist die Überwindung unserer ideologischen Beliebigkeit. Diese macht uns nicht nur unattraktiv, sondern sie beeinträchtigt auch die ohnehin geringe politische Handlungsfähigkeit. Die bestehenden Differenzen werden sich nicht – etwa durch die praktischen Erfahrungen – von selbst erledigen. Abwarten, treiben lassen, papierene Kompromisse helfen genauso wenig wie gezielte Provokationen.

Die Differenzen müssen innerhalb eines festzulegenden Zeitraums diskutiert werden und danach muss die politische Konsequenz gezogen werden. Die Partei muss entscheiden, welchen Weg sie weiter gehen will.

Strittige Fragen

Seit langem existiert eine Reihe von Themen, zu denen in der Partei unvereinbare Standpunkte existieren. Das geht nicht auf Dauer, weil sich die Partei dadurch blockiert und entsolidarisiert. Dabei geht es nicht nur um taktische Differenzen wie beim Verhältnis zur Linkspartei/EL. Es gibt gravierende theoretische Differenzen: Die Einschätzung des heutigen Imperialismus, der so genannten Globalisierung, des

Charakters der gegenwärtigen Krise, des Verhältnisses von Reform und Revolution unter den heutigen Bedingungen, der Rolle der kommunistischen Partei, der Bedeutung der so genannten neue sozialen Bewegungen, des Inhalts einer Aktions-einheits- und Bündnispolitik.

Die Partei hat kein wissenschaftliches Zentrum, das theoretische Positionen erarbeitet. Das macht sie anfällig für linkskeynesianische, reformistische Positionen via „isw“ und „transform“ – insbesondere, wenn sie in faktenreichen Recherche-broschüren versteckt sind. (...)“²

Und zur Europäischen Linkspartei: *„Die kommunistischen Parteien, die der EL angehören, sind ausnahmslos solche, in denen revisionistische Positionen Einfluss haben, und in mehreren von ihnen gibt es um die EL-Mitgliedschaft heftige Auseinandersetzungen (so z.B. in der PCF, der italienischen Rifondazione Comunista, der tschechischen KSCM, der DKP und der Partei der Arbeit der Schweiz). Ungefähr die Hälfte der europäischen kommunistischen Parteien beteiligt sich an der EL – elf als Vollmitglieder, fünf im Beobachterstatus. Die andere Hälfte beteiligt sich nicht, darunter die mitgliedsstarken und einflussreichen Parteien Portugals und Griechenlands. Die EL wirkt somit als Keil in der kommunistischen Bewegung.*

Die EL als Partei von EU-Gnaden

Die EL versteht die EU als ein im Grunde zeitgemäßes und notwendiges Projekt, wie es z. B. Lothar Bisky ausdrückte: „Bei aller notwendigen Kritik betone ich aber, dass wir Linken uns unserer Verantwortung für die EU bewusst sind. Denn die Idee der Europäischen Einigung ist auch eine durchaus linke Idee ...“ (1) Die Begründung ist zunächst ökonomisch – die Internationalisierung erfordere die Herstellung großer Märkte jenseits nationaler Grenzen – und löst dann einen ökonomistischen Kurzschluss aus: die „ökonomischen Erfordernisse“ zögen unvermeidlich eine entsprechende Umwälzung des politischen Überbaus nach sich – die Nationalstaaten als Auslaufmodell und die EU als der kommende supranationale Staat. Unverkennbar liegen der Propagierung der europäischen Integration auch geopolitische Überlegungen zugrunde: die EU als Macht in einer multipolarer werdenden Welt, die den USA auf gleicher Augenhöhe gegenüber treten kann.

Die Rede von einem alternativen Europa verdeckt, dass die EL dem Inhalt nach für ein imperialistisches geeintes Europa Partei ergreift. Das alternative Europa ist dessen scheinbar ansprechende Fassade. Diese Position ist in der westeuropäischen Linken weit verbreitet. Sie taucht sogar in unserem Programm auf. Hier findet sich der fatale Satz: „Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch

² Sepp Aigner: Die DKP vor dem Parteitag; in: Theorie und Praxis, Ausgabe 31, Februar 2013

die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden.” (2) Der grundlegende Umbruch, das alternative Europa also im geostrategischen Dienst eines “Gegenpols zum US-Imperialismus” !

Die Idee eines alternativen Europa als Gegenpol in der Staatenkonkurrenz ist durchaus keine linke Idee. Als Kommunisten dürfen wir nicht Geopolitik, sondern müssen internationalistische Klassenpolitik betreiben. “Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Sache der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt.” (3) Ein transnationaler Europa-Nationalismus hat darin keinen Platz.

(...) Die EU ist ein imperialistisches Staatenbündnis, das sich als Weltmacht aufstellen will und dem Kampf um Über- und Unterordnung in der imperialistischen Staatenkonkurrenz einen institutionellen Rahmen gibt. Die EU erweist sich für das imperialistische Deutschland als Hebel für die Unterordnung der europäischen Staaten unter seine Führung und für das deutsche Streben nach Weltmachtgeltung. Die wirkliche Macht der Monopolbourgeoisie hat sich nicht transnationalisiert, sondern beruht nach wie vor auf den nationalstaatlichen Machtinstrumenten. Der Hauptfeind steht nicht in Brüssel und schon gar nicht in Washington, sondern in Berlin.

Es ist nur konsequent, dass sich die EL auch in praktischer Hinsicht der EU unterstellt. Als eine von elf von der EU anerkannten Parteien bekennt sie sich – wie es die EU-Bürokratie verlangt – zu den Grundsätzen der EU. Ein großer Teil der Finanzmittel für die EL und die ihr nahestehende Zeitschrift transform kommt aus dem EU-Haushalt. Die EL ist für den Unterhalt ihres Apparats auf diese Mittel angewiesen – aus eigener Kraft könnte sie diesen nicht unterhalten. Damit ist schon entschieden, welches Gewicht die Orientierung auf den Parlamentarismus hat, der in Gestalt des EU-Parlaments zudem eher der zaristischen Duma gleicht als einem bürgerlich-demokratischen Parlament. Die Zahl der Wählerstimmen entscheidet über die Existenz des Apparats. Entsprechend verwaschen ist die EL-Politik. Die Bekenntnisse zum Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes werden unter diesen Umständen zu Lippenbekenntnissen.

Der Spaltung der kommunistischen Bewegung entgegenzutreten

In diese Partei sollen wir eintreten, wenn es nach Leo Mayer, Detlef Fricke, Bettina Jürgensen und anderen geht. Damit wiederholt sich in unserem kleinen Zusammenhang, was die EL in Bezug auf die kommunistische Bewegung im europäischen Maßstab bewirkt – die Bildung von Lagern innerhalb der kommunistischen Parteien, die Gefahr der Spaltung der kommunistischen Bewegung. (...)

Wer den kommunistischen Charakter der DKP verteidigen will, muss sich einer Vollmitgliedschaft in der EL entgegenstellen und für die Beendigung des Beobachterstatus eintreten. Dadurch freiwerdende Kapazitäten sollten in die Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien investiert werden.

Bei voller Wahrung der organisatorischen und politischen Unabhängigkeit von der EL hat diese Partei in unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik einen festen Platz. Deren vorrangiges Ziel ist es, dass sich die Lohnabhängigen nicht durch weltanschauliche, nationale oder religiöse Unterschiede spalten lassen. Mit den Mitgliedern der Linkspartei wie der EL verbinden uns eine Reihe gemeinsame Forderungen und Ziele im Klassenkampf, die Zusammenarbeit mit ihnen ist deshalb eine Selbstverständlichkeit.

Die EL aber als organisatorischen Rahmen, als linke Sammlungspartei zu behandeln, führt zur Schwächung, Spaltung und letzten Endes zur Liquidierung der DKP. Das muss auf dem 20. Parteitag verhindert werden.“³

Quellen und Anmerkungen

(1) Lothar Bisky, Rede vor dem EU-Parlament, September 2011

(2) Programm der DKP, Abschnitt "Ein anderes Europa ist möglich", S. 16

(3) Programm der DKP, Abschnitt "DKP – Partei der Arbeiterklasse", S. 48

Im politischen und inhaltlichen Gegensatz zu diesen doch recht klaren Analysen veröffentlichten Herbert Mies, Gerd Deumlich, Willi Gerns, Georg Polikeit und Robert Steigerwald in typisch zentristischer Manier einen vernebelnden Einheitsaufruf. Auch daraus einige Passagen:

„... Die Niederlage des Sozialismus in Europa – die einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung bedeutete – sowie qualitativ neue Entwicklungen im deutschen und internationalen Imperialismus machten die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms notwendig. Es wurde auf der 2. Tagung des 17. Parteitags der DKP 2006 beschlossen.

Das Programm der DKP ist ein revolutionäres Parteiprogramm. (...)

Wir sind davon überzeugt, dass dieses Parteiprogramm ungeachtet der neuen Entwicklungen seit seiner Beschlussfassung 2006 nach wie vor die wesentlichen Anforderungen an das Programm einer kommunistischen Partei erfüllt. Aktuelle Entwicklungen können und müssen auf seiner Grundlage in Entschlüssen der Parteitage aufgearbeitet werden. Das hat der 19. Parteitag geleistet und das sollte

³ Sepp Aigner: Nutzt die Mitgliedschaft in der EL der Partei?; in: Theorie und Praxis, Ausgabe 31, Februar 2013

der 20. Parteitag durch die Diskussion, Bearbeitung und Beschlussfassung der Vorlage „Antworten der DKP auf die Krise“ leisten.

Mit großer Sorge müssen wir jedoch feststellen, dass sich in der Partei unterschiedliche Strömungen herausgebildet haben und immer wieder trotz eines allgemeinen Bekenntnisses zum Parteiprogramm bestimmte Grundsatzaussagen infrage gestellt oder relativiert werden. Seit dem 19. Parteitag und besonders im Vorfeld des jetzigen 20. Parteitags konnten die seit langem in der DKP bestehenden Meinungsverschiedenheiten über solche Fragen nicht nur nicht abgebaut werden, sondern sie haben sich weiter vertieft und inzwischen eine solche Schärfe angenommen, das auch vor persönlichen Angriffen und Unterstellungen nicht Halt gemacht wird. Wir sehen darin Gefahren des Auseinanderdriftens bis hin zu möglichen Abspaltungstendenzen.

Wir appellieren darum an Euch, die demokratisch gewählten Delegierten des 20. Parteitags der DKP: Stellt die Gemeinsamkeiten, die uns verbinden und das gemeinsame Handeln in den Vordergrund. Lasst uns zurückkehren zur sachlichen, genossenschaftlichen Debatte über Meinungsverschiedenheiten. Wählt die neue Parteiführung nicht aus dem Blickfeld von Strömungen sondern aus Verantwortung vor der Gesamtpartei, der Geschichte der kommunistischen Bewegung unseres Landes und vor der internationalen kommunistischen Bewegung.

Herbert Mies, Gerd Deumlich, Willi Gerns, Georg Polikeit, Robert Steigerwald

Es wird wahrscheinlich ihr Geheimnis bleiben, welche Gemeinsamkeiten es zwischen der „Strömung“ um Leo Mayer und derjenigen, zu der z.B. Sepp Aigner gehört, geben soll.

Ebenso absurd wie ihr Einheitsappell ist ihre Einschätzung des Parteiprogramms von 2006: dies sei „revolutionär“. Wir haben in der offen-siv nachgewiesen, dass es als revisionistisches Programm zu bezeichnen ist und dass es Widersprüchlichkeiten und faule Kompromisse enthält. Mies, Däumlich, Gerns, Polikeit und Steigerwald sind leider nicht Willens oder nicht in der Lage, die in der DKP schon seit langem vorhandenen und aktuell sich verschärfenden Auseinandersetzungen mittels unserer marxistisch-leninistischen Theorie zu erfassen und beim Namen zu nennen: es handelt sich um den ganz normalen Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und klassischem Revisionismus, wie er in jeder kommunistischen Partei vorkommt und geführt werden muss. Es wäre hilfreich gewesen, wenn Mies, Däumlich, Gerns, Polikeit und Steigerwald dies (an)erkannt hätten. Sie haben es natürlich nicht getan.

Neu an der Situation in der DKP ist, dass die schon seit Jahrzehnten die Hegemonie innerhalb der Partei besitzenden Revisionisten beim jetzigen Parteitag nicht mehr alle Wahlen gewonnen und eventuell einen Teil ihrer Hegemonie verloren haben (ob es

wirklich so ist, wird die nahe Zukunft zeigen). Um so schädlicher ist die Spätwirkung dieses Einheitsaufrufs: die Ursache der Auseinandersetzung vernebeln und die Einheit mit dem Revisionismus postulieren, jede Klarheit unmöglich machen und der Zersetzungsarbeit des Revisionismus mittels Einheitsrhetorik den Weg ebnen.

Aber nun zum Parteitag selbst. Das augenfälligste Ergebnis ist sicherlich, dass der Parteitag nicht die vom alten Parteivorstand favorisierte Führung gewählt hat⁴, sondern Patrick Köbele als Vorsitzenden, Hans-Peter Brenner, Nina Hager und Wera Richter als stellvertretende Vorsitzende.

Die Wahlen des Parteitages zeigen aber eine gewisse Inkonsequenz, denn wenn man schon nicht will, dass Bettina Jürgensen und Detlef Fricke der engeren Führung der Partei angehören, warum wählt man sie dann in den 30-köpfigen Parteivorstand? Und warum Leo Mayer noch dazu?

Wirklich entschieden scheint also noch nichts zu sein, auch und gerade, weil über wichtige inhaltliche Anträge, so beispielsweise über den Leitantrag des alten PV und über die Anträge zur Europäischen Linkspartei (Beendigung der Mitarbeit, Beibehaltung der Teilnahme als Beobachter, Vollmitgliedschaft) noch nicht abgestimmt wurde.

Trotzdem stellt sich natürlich die Frage, ob die Resultate des Parteitages als ein „Linksruck der DKP“ zu bezeichnen sind, wie es hin und wieder kolportiert wurde. Was ist von den DKP-Linken, die durch die Personalentscheidungen des Parteitages größeren Einfluss gewonnen haben, zu erwarten? Dazu einige Auszüge aus einem Interview mit Patrick Köbele, das die Tageszeitung „junge Welt“ am 4.3.13 gebracht hat:

„Man hat in Mörfelden gesehen, daß es in vielen Fragen Übereinstimmung gibt. Viele Losungen – etwa die zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – waren unstrittig. Inwiefern ist es gelungen, die Situation zu überwinden, daß die DKP sich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt?“

P.K.: Der Parteitag wird das sicherlich nicht völlig überwinden. Daran müssen wir noch arbeiten. Die Resultate des Parteitages sind ambivalent. Er gibt sicherlich Impulse, zeigt aber gleichzeitig auch, daß es noch einen riesigen Diskussionsbedarf gibt. Und es ist ja keinesfalls so, daß nach diesem Parteitag der Diskussionsprozeß abgebrochen werden soll. Das wäre eine Tragödie für uns, und das wird auch nicht passieren.

⁴ Vorgeschlagen waren Bettina Jürgensen als Vorsitzende und Nina Hager, Detlef Fricke und Wera Richter als stellvertretende Vorsitzende.

Aber wir müssen die notwendige Diskussion verbinden mit der Orientierung: Genossinnen und Genossen, wir müssen auf die Straße! Ich bin der Ansicht, daß man die theoretischen Differenzen nur in einer Kombination von Theorie und Praxis überwinden kann.

Nochmal zurück zur Europapolitik und zur Erschwerung der Bedingungen, unter denen es der deutsche Imperialismus so gut schafft, die eigene Arbeiterklasse zu befrieden: Wird der Schwerpunkt eher bei den bundes- bzw. europaweiten Mobilisierungen wie »Blockupy« liegen oder auf der betrieblich-gewerkschaftlichen Ebene?

P.K.: Ich würde das nicht gegeneinanderstellen. Niemand in unserer Partei ist gegen eine europaweite Koordinierung von Protesten. Es wäre zum Beispiel wunderbar gewesen, wenn beim Versuch, auf europäischer Ebene einen Generalstreik zu organisieren, in Deutschland mehr gelaufen wäre. Da war es ja eher ein bißchen so: Europa brennt und Deutschland pennt. Allerdings setzt eine Koordinierung europaweiter Aktivitäten voraus, daß es in unserem Land auch mehr gibt.

Bei der Koordinierung der europaweiten Proteste gibt es unter den kommunistischen Bruderparteien der DKP offen gegeneinander stehende Strömungen. Die französische und die griechische Partei etwa verfolgen sehr unterschiedliche Programmatiken und Strategien. Wie sehen Sie die Möglichkeit der DKP, sich zu positionieren?

P.K.: Auch das wird die Partei noch beschließen müssen. Es gibt im Prinzip zwei, sich in der DKP gegenüberstehende Linien: Die einen orientieren auf eine Vollmitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken. Ich halte das für falsch. Es ist vielmehr notwendig, den Diskussionsprozeß über das Verhältnis zur Europäischen Linken weiterzuführen. Das setzt aber voraus, daß man den Beobachterstatus, den die DKP momentan innehat, auch als realen Beobachterstatus handhabt.

Nach einem entschlossenen Kampf gegen den Revisionismus in den eigenen Reihen klingt das nicht. Stattdessen muss man befürchten, dass sich die DKP-Linke weiterhin für die Einheit mit den revisionistischen Kräften ausspricht.

Es wäre nicht das erste Mal.

Frank Flegel

Kommunistische Initiative Österreich

Tibor Zenker: 8. Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich

Dies ist heute die 8. Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich. Das bedeutet auch: Vor genau 8 Jahren und 13 Tagen wurde die KI als eigenständige Organisation, unabhängig von der KPÖ und außerhalb von ihr, gegründet. Das ist eine lange Zeit, in der viel geschehen ist.

Die Mehrheit der heutigen KI-Mitglieder war damals noch nicht dabei, beim 1. Plenum der KI im "Salon Uhadla" in Wien-Wieden. Die Mehrheit der heutigen KI-Mitglieder war niemals Mitglied in der KPÖ, hat also auch nicht bewusst miterlebt, wie und warum die KI damals gegründet wurde. Die Mehrheit der heutigen KI-Mitglieder kommt aus der KJÖ und dem KSV, aus der SJ und der SPÖ, sogar aus trotzkistischen Organisationen - oder war zuvor überhaupt unorganisiert. D.h. organisch ist die KI heute mehr als eine KPÖ-Abspaltung, die bloß eine weitere K-Gruppe darstellt. Sie ist in jedem Fall das, was sie in ihrem Gründungsauftrag angestrebt hat, dass sie eine "Sammlung jener Kräfte darstellt, die eine auf den Grundlagen von Marx, Engels und Lenin aufbauende Organisation entwickeln wollen." Wir haben bereits vor einem Jahr, auf der 7. Generalversammlung, sowie auch im Rahmen der außerordentlichen Generalversammlung im Juni 2012 festgestellt, dass diese Sammlung der Marxisten-Leninisten und der Marxistinnen-Leninistinnen als abgeschlossen anzusehen ist und die nächsten Schritte einzuleiten sind, nämlich die Schaffung - die Gründung und der Aufbau - einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Der erwähnte KI-Aufruf vom Jänner 2005 bezog sich im Selbstverständnis der KI nicht nur auf Marx, Engels und Lenin, sondern er definierte die KI - damals natürlich zunächst in Abgrenzung zur verkommenen KPÖ - auch als revolutionäre, klassenorientierte, klassenkämpferische, antirevisionistische, internationalistische, antiimperialistische, antifaschistische, emanzipatorische und bündnisorientierte wie bündnisfähige Organisation. Auch in dieser Hinsicht, jener des Inhalts und der Ausrichtung, ist die KI keine sektiererische Organisation. Sie ist weder ein "single issue"- noch ein "anything goes"-Projekt, wie manch andere linke Strukturen; sie ist kein linksradikaler Phrasendrescher-Verein, der jedes Problem auf den Sozialismus verschiebt; sie ist kein abgehobener Debattierklub im roten Salon des Elfenbeinturms; sie ist kein unterwanderungslustiger Arzt am oder sogar im Krankenbett der beiden traditionellen oder früheren Arbeiterparteien, der glaubt, mit mehr oder minder subtilen Injektionen irgendwann wieder bei Otto Bauer oder wenigstens bei Bruno

Kreisky zu landen; und sie ist auch kein halbkonspiratives Kränzchen auf chinesischen oder albanischen Wegen. - Die KI ist die einzige generationenübergreifende und bundesweit orientierte marxistisch-leninistische Organisation in Österreich.

Und nicht zuletzt auch ganz praktisch sprechen einige Erfolge für die KI. Es ist z.B. nicht unmaßgeblich unser Verdienst, dass in drei Monaten, am 1. Mai, schon zum 9. Mal in Wien eine internationalistische Bündnisdemo aller relevanten linken Kräfte (mit Ausnahme freilich der KPÖ) stattfinden wird. Es ist außerdem unserer Initiative und zum Gutteil unserem Einsatz zu verdanken, dass seit 2009 in der Wiener Arbeiterkammer ein Mandat wieder kommunistisch besetzt und ausgeübt wird. Es ist der KI seit 2005 gelungen, über ihr Wiener Zentrum hinaus Menschen anzusprechen und Mitglieder zu gewinnen, sie ist heute in sieben von neun Bundesländern vertreten, in manchen freilich mehr, in manchen weniger. Die KI hat in den letzten Jahren auch auf internationaler Ebene Anerkennung erfahren, nicht nur im deutschsprachigen Raum, sondern etwa auch in Ungarn. Selbst im ZK der KP Kubas kennt man die KI und betrachtet sie wohlwollend. Und in absehbarer Zeit steht - trotz nicht unorigineller Stolpersteine beim formellen Prozedere - wohl die Einbindung der KI in die internationale Gruppe der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien bevor, was auch von der KP Griechenlands unterstützt wird.

Diese Feststellungen wären einige der möglichen Antworten, die wir geben können, wenn eines Tages - vielleicht in weiteren acht Jahren - die Fragen gestellt werden: Was war die KI? Was hat sie gemacht? Was hat sie erreicht? - Die KI wurde gegründet, weil sie notwendig war, und sie hat ihre Aufgaben - bei allen Schwierigkeiten, die nicht gering waren und nicht gering sind - gut erfüllt. Doch das ist nichts, worauf man sich ausruhen kann und darf, sondern es ist eine Verpflichtung, die uns niemand abnehmen kann, will und wird. Nämlich die Verpflichtung, sich in Richtung Partei und dann als Partei weiterzuentwickeln und vorwärtszuschreiten. Das ist die Aufgabe, die in den kommenden Monaten vor uns steht - und auch diese wird nicht einfach. Wer's einfacher haben möchte, kann - wie manche unserer durchaus guten Freunde - zur SPÖ gehen und dort als wichtiger Sektionsobmann Glühwein gegen soziale Kälte ausschenken und sich dabei über Werner Faymann mokieren; oder er kann in die Steiermark übersiedeln und warten, dass irgendwann und irgendwo ein kommunales KPÖ-Mandat für einen abfällt, und sich dabei über Mirko Messner und die KI mokieren. - Wer aber ohne Wenn und Aber im ganzen Land für und mit der Arbeiterklasse kämpfen möchte, wer für die Revolution und den Sozialismus wirken möchte, der ist bei uns richtig.

Wir alle wissen, dass der Klassenkampf um die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden sowie um die Revolution und den Sozialismus eine Partei braucht - nicht irgendeine, sondern eine marxistisch-leninistische Kampfpartei der Arbeiterklasse.

Wie eine solche Partei beschaffen sein muss, brauche ich jetzt nicht nochmals wiederholen, denn wir sprechen dann später ohnedies noch über den Entwurf einer entsprechenden Gründungs- und Grundsatzserklärung. Aber ich kann euch sagen, wie eine solche Partei geschaffen wird.

Sie ist zu schaffen mit Mut - und mit Demut. Mit dem nötigen Mut, weil der Klassenfeind und seine Herrschaftsinstrumente uns bekämpfen werden, umso mehr, je mehr Fortschritte wir machen; wer sich von Kleinmütigkeit oder gar Angst beherrschen lässt, weil der Feind so mächtig und die Aufgaben und Ziele so groß sind, der hat schon verloren. Mit Demut, weil die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sich diese Position erst wird erarbeiten müssen, durch aufrichtige Teilnahme an und in den Kämpfen der Klasse. Die Schaffung dieser Partei wird weiters eine entsprechende Opferbereitschaft und Professionalität verlangen: Opferbereitschaft, weil die aktive Teilnahme am Auf- und Ausbau der Partei viel Zeit und Energie kosten wird - und dies zulasten eurer Freizeit, eurer privaten Interessen und manchmal, auch wenn wir versuchen werden, dies zu verhindern, leider auch zulasten eures Fortschritts in Bildung, Ausbildung oder Beruf. Doch nur dies ermöglicht es einer noch kleinen Partei, mit der nötigen Professionalität zu arbeiten, ohne die man im Klassenkampf nicht nachhaltig bestehen wird können - für Puscherei, Herumwursteln und Trägheit wird künftig kein Platz mehr sein. Die Partei wird außerdem geschaffen mit Disziplin und Verantwortung - mit Disziplin im und gegenüber dem Kollektiv sowie gegenüber den demokratischen wie verbindlichen Beschlüssen der Parteinstitutionen, mit persönlicher Verantwortung für übernommene Aufgaben gemäß den jeweiligen individuellen Fähigkeiten. Die Partei ist nicht zuletzt zu schaffen auf Basis der Einheit des Willens und des Handelns - sie ist ein freiwilliger Zusammenschluss: Wer in ihr und außerhalb lediglich ein Interesse hat an der Verbreitung von Unruhe und Missstimmung, an Diffamierung, Aufwiegelung, Zersetzung und Spaltung, wer die Entwicklung blockieren oder sogar organisatorische Ziele sabotieren möchte, wer Disziplinlosigkeit und Nachlässigkeit fördert, wer sich nicht zu Solidarität und Kameradschaft bekennt, wer wiederholt Schaden für uns und unsere Sache bewusst verursacht oder auch nur in Kauf nimmt und keinerlei Einsicht, Kritikfähigkeit und Selbstkritik zeigt - der kann jederzeit gehen. Solche Menschen brauchen wir nicht, braucht die KI nicht, brauchen die marxistisch-leninistische Partei und die Arbeiterklasse nicht. Und schließlich ist die revolutionäre Partei zu schaffen - mit Freude; denn es gibt keine ehrenvollere, lohnendere und wichtigere Aufgabe, als organisiert für die Überwindung des Kapitalismus, für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft und für die Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft zu kämpfen.

In diesem Sinne: Packen wir's an! Es gibt genug zu tun: Wir brauchen in den nächsten Monaten ausgereifte theoretische, programmatische Grundlagen, strategische Ziele

und taktische Ansätze, wir brauchen lebensrealitätsnahe aktionsprogrammatische Überlegungen, wir brauchen praktikable organisationspolitische Anschauungen und Statuten nach demokratisch-zentralistischen Prinzipien, wir brauchen eine optimale Außenwirkung in Form von umfassenden Aktivitäten und - noch zu schaffenden - Parteimedien, wir brauchen handlungsfähige Leitungen, ein administratives Zentrum, funktionierende Grundorganisationen und eine Kaderentwicklung, die dies auch zulässt und unterstützt, wir brauchen eine stabilisierte und möglichst ge- und verstärkte Vertretung in der AK, den Gewerkschaften und Betrieben, und wir brauchen - wahrlich nicht zuletzt - mehr und immer mehr Menschen, die in den kommenden Monaten (und danach) gezielt anzusprechen und zu gewinnen sind, die in weiterer Folge ebenso wie wir bereit sind, mit aller Kraft und unbeirrt für die Partei und ihre Ziele zu arbeiten und zu kämpfen.

Für all das und einiges mehr braucht es nun Ideen und Konzepte, Koordination und Initiative, Verantwortlichkeiten und Arbeitsteilung. Als höchstem Gremium nach dieser Generalversammlung kommt diesbezüglich natürlich dem heute neu zu wählenden Vorstand besondere Verantwortung zu, die dieser gewiss auch wahrnehmen wird. Darüber hinaus hat es sich funktionell - das Personelle ist noch zu evaluieren - bewährt, eine eigene Arbeitsgruppe mit diversen vorbereitenden Aufgaben zu betrauen, die wiederum über die bereits laufenden Arbeiten (z.B. am Parteistatut) hinaus in der Mitgliedschaft nach Fähigkeiten, Ressourcen und Interessen Spezifisches sinnvoll und teilweise fortlaufend delegiert, sei es nun z.B. bezüglich der noch ausstehenden Erarbeitung eines Aktionsprogramms, bezüglich der Konzeption und vielleicht auch schon weiteren Betreuung eines theoretischen und eines Zentralorgans oder bezüglich einer neuen Homepage. Und außerdem ist zu klären, welche konkreten Aufgaben nun den Grundorganisationen, die ja auch die Keime der künftigen Parteigrundorganisation sein werden, zufallen. Das sind natürlich lauter Dinge, die vor einem Gründungsparteitag zu erledigen sind. Weil am Tag nach der Gründung muss der Laden bereits laufen, und zwar in einigen Bereichen entscheidend besser als die KI.

Denn die KI mag nun als Organisation ihre Aufgaben erfüllt haben und in diesem Sinne überholt sein. Aber wir werden es noch beweisen müssen, dass es eines Tages zulässig sein wird, zu sagen, die Partei wurde gegründet, weil nicht es, sondern wirklich sie notwendig war und ist.

All das Skizzierte mögen freilich keine einfachen Aufgaben sein. Aber sie sind unerlässlich, wenn die österreichische Arbeiterbewegung und die revolutionäre Bewegung für den Sozialismus - nach dem, was SPÖ und KPÖ fast überall zerstört haben - wieder auf die Beine kommen sollen. Denn am Rücken liegend oder kriechend kann man nicht kämpfen - nur um aufrechten Gang kann man die Reihen schließen und die Fäuste ballen.

8. Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich: Resolution „Zur Gründung und zu den Grundsätzen einer revolutionären Partei der österreichischen Arbeiterklasse“

Die Generalversammlung der Kommunistischen Initiative Österreich erklärt es hiermit zu ihrem Ziel, auf Grundlage und im Sinne des untenstehenden Entwurfs einer Gründungs- und Grundsatzklärung eine politische Partei zu gründen. Der Vereinsvorstand der KI, ihre Grundorganisationen und Mitglieder werden in den kommenden Wochen und Monaten auf gezielte und systematische Weise dahingehend wirken, diese inhaltliche Basis einerseits in der Organisation selbst zu verankern, andererseits sie auch als inhaltliche Grundlage für Diskussionen mit Mitgliedern befreundeter Organisationen oder unorganisierten Menschen über die Notwendigkeit dieser Neugründung, ihr Wesen und ihre Ausrichtung sowie konkret über eine etwaige Teilnahme an der Gründungsversammlung bzw. die künftige Mitgliedschaft in dieser Partei anzuwenden.

„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“ - Antonio Gramsci

Gründungs- und Grundsatzklärung der Partei der Arbeit Österreichs

Präambel

Die österreichische Arbeiterbewegung verfügt über eine ehrenvolle und kämpferische Geschichte. Ihre Meilensteine sind die Gründung der Sozialdemokratie 1888/89 und der Kommunistischen Partei 1918. Die österreichische Arbeiterbewegung stand 1918 bereits knapp vor der möglichen Überwindung des Kapitalismus. Sie hat sich im Februar 1934 zum Aufstand gegen den austrofaschistischen Putsch erhoben. Sie hat die Hauptlast im Kampf gegen die beiden faschistischen Diktaturen 1934-1945 sowie im nationalen Freiheitskampf 1938-1945 getragen. Sie hat in der Ersten und Zweiten Republik wichtige Reformen, demokratische, soziale und gesellschaftliche Verbesserungen erkämpft, sie war Schrittmacher für gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt, für Frieden und Demokratie.

Die Gegenwart ist eine andere. Die Führung der Sozialdemokratie ist bereits vor einhundert Jahren auf die Seite des Kapitals, des Imperialismus und der Gegenrevolution gewechselt. Heute ist die SPÖ ihrem Wesen nach eine kapitalistische Partei, die selbst eine wichtige Stütze und profitorientierte Teilhaberin

des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich darstellt. Sie hat nur noch fälschlich ihren Anhang und ihre Basismitgliedschaft in der Arbeiterschaft, nämlich vor allem zu dem Zweck, um die Arbeiterinnen und Arbeiter zugunsten des Kapitals zu täuschen, zu betrügen und immer wieder zu verraten. Sie trägt lediglich eine arbeiterfreundliche und soziale Maske, während sie sich durch ihre tatsächliche Politik sowie ihre politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Verstrickungen in das System immer wieder als Partei des Kapitals entlarvt. Dennoch ist festzustellen, dass an der Basis aufrechte und ehrliche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Sozialistinnen und Sozialisten tätig sind, die hoffen, diese Partei wieder zum Guten, also zum Sozialen, zum Sozialistischen verändern zu können. Doch das Ergebnis dieser Bestrebungen ist seit Jahrzehnten immer dasselbe: Nicht diese Mitglieder mit den besten Absichten verändern die Partei, sondern die Partei verändert die Mitglieder und ihre Absichten. Und wer sich nicht anpasst, wird früher oder später keinen Einfluss mehr haben und von Mandaten und Funktionen entfernt.

Die kleinere Arbeiterpartei, die KPÖ, ist bundesweit gesehen auf dem Nullpunkt gesellschaftlicher Relevanz angelangt - und das hat sie auch selbst zu verantworten. Indem sie mittlerweile auf die Arbeiterklasse als Bezugspunkt, auf den Klassenkampf, die Revolution und damit auch den Sozialismus verzichtet, ist sie heute wohl eine kapitalismuskritische, aber ansonsten eine der Arbeiterklasse völlig entfremdete, ideologisch beliebige, allgemein-linke Partei, die auf eine Verwandlung des Kapitalismus in eine "solidarische Gesellschaft" hofft und falsche kleinbürgerliche bis reformistische Ideen propagiert. Das ist weder das, was die Arbeiterklasse anspricht, noch das, was sie braucht, und weder inhaltlich noch strategisch ein Ausdruck der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung, von denen sich die KPÖ bewusst distanziert. Dennoch gibt es in Teilen der KPÖ durchaus praktisch engagierte und theoretisch fundierte Mitglieder, die für ehrliche Arbeiterpolitik, antiimperialistische Positionen und revolutionäre Ziele eintreten. Sie bilden jedoch eine klare Minderheit, deren Einfluss in der Partei regional bzw. kommunal beschränkt ist und bleiben wird, ihr ehrliches Engagement wird auch weiterhin keine Auswirkung auf die Politik der KPÖ haben, sie werden ermüden und resignieren.

Es mag bedauerlich sein, dass die beiden klassischen, früheren Arbeiterparteien Österreichs ihrem ursprünglichen Charakter heute nicht mehr entsprechen, ja gar nicht entsprechen wollen, dass sie daher kaum noch einen realen Nutzen für die Arbeiterklasse haben. Doch es ist ihre Entscheidung, sich als mehr oder weniger integrale Bestandteile des bürgerlichen Parteienspektrums zu positionieren, und dies muss zur Kenntnis genommen werden. Allerdings erwächst genau daraus die Notwendigkeit, die bestehende Lücke zu füllen - nicht in erster Linie, aber auch, weil es sonst rechte und rechtsextreme Gruppierungen versuchen, die sich - obwohl in Wirklichkeit Speerspitzen des Kapitals - als Vertreter der "einfachen Menschen"

ausgeben und mit falschen Versprechungen und demagogischen Lügen die Arbeiterinnen und Arbeiter irreführen und gegeneinander aufhetzen möchten, damit sie abgelenkt sind und nicht gegen ihren wahren Feind, den Kapitalismus, aktiv werden.

Die Hauptsache ist aber: Schon die gegenwärtige Situation und erst recht die Zukunft bedürfen wieder einer eigenständigen, kämpferischen und letztlich auch revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die auf den Klassenkampf statt auf die "klassenharmonische" Unterordnung unter das Kapital setzt. Die auf die Mobilisierung und Selbsttätigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter statt auf Stellvertreterpolitik, auf konsequente soziale und Arbeitskämpfe statt auf "sozialpartnerschaftliche" Bettelei gegenüber dem Kapital, auf gesellschaftlichen Fortschritt statt auf asozialen Konterreformismus, auf Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit statt auf Opportunismus, auf Internationalismus statt auf antinationalen Kosmopolitismus setzt. Die auf Antiimperialismus statt auf chauvinistischen EU-Europäismus, auf Friedenspolitik statt auf Militarismus sowie auf die Verwirklichung des Sozialismus statt auf die Verewigung des Krisenkapitalismus setzt. - Eine solche Partei ist notwendig, die Arbeiterklasse braucht sie.

Es ist an der Zeit, die besten Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung wieder aufzugreifen und weiterzuführen.

Es ist an der Zeit, die Arbeiterbewegung unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts neu zu organisieren und zu formieren.

Es ist an der Zeit, den Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowie ihre zerstörerischen Auswirkungen wieder aufzunehmen und konsequent zu führen.

Es ist an der Zeit, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die mit ihnen verbündeten Schichten der Bevölkerung hierfür wieder eine eigene, kämpferische und revolutionäre Partei bekommen.

I. Gründung

Aufgrund dieser Erwägungen wird hiermit die Gründung und Konstituierung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) erklärt.

Dieser formelle Akt steht nicht isoliert da: Er wurde zuvor theoretisch und praktisch ausführlich vorbereitet. Er verlangt danach selbstredend den weiteren gezielten strukturellen Auf- und Ausbau der Parteiorganisationen, die Entfaltung umfassender Tätigkeiten und Aktivitäten sowie die ständige Auseinandersetzung mit der Analyse,

Strategie und politischen Praxis der PdA. Es versteht sich von selbst, dass eine neue revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht per Deklaration zu einer solchen wird, sondern dass sie sich durch konsequente Arbeit in und mit der Klasse, durch aufrichtige Teilnahme an ihren Kämpfen, durch ehrliche Interaktion mit den Massen entwickeln wird und muss.

Das Selbstverständnis der PdA, ihr Wesen, ihre Aufgaben und Ziele werden in den folgenden Kapiteln, welche die politischen, ideologischen und programmatischen Grundsätze der PdA enthalten, erläutert.

II. Selbstverständnis

Artikel 1. *Die PdA ist eine Partei der arbeitenden Menschen.* Die Arbeiterklasse ist die unterdrückte und ausgebeutete Klasse im Kapitalismus: Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft eines Arbeiters/einer Arbeiterin und erhält das Arbeitsprodukt. Dieses ist jedoch mehr wert als der Lohn, den der Arbeiter/die Arbeiterin erhält. Die Differenz - den Mehrwert - eignet sich der Kapitalist als Profit an. Er lässt also den Arbeiter/die Arbeiterin teilweise unentgeltlich für sich arbeiten, arbeitet selbst nicht, zieht damit aber den Reichtum an sich, wohingegen den Arbeitenden nur die notwendigen Existenzmittel zugestanden werden. - Während die Kapitalisten die reaktionäre Klasse bilden, ist die Arbeiterklasse die revolutionäre Klasse im Kapitalismus. Ihre eigenständige Organisierung ist Voraussetzung dafür, dass sie den Kampf um ihre eigene Befreiung sowie um jene der gesamten Menschheit erfolgreich führen kann.

Artikel 2. *Die PdA ist eine antikapitalistische Partei.* Der Kapitalismus ist ein globales System der Unterdrückung und Ausbeutung, der Spaltung der Menschheit in eine kleine Minderheit der kapitalistischen Eigentümer und eine große Mehrheit der besitzlosen Arbeiter und Arbeiterinnen, in Reiche und Arme. Die kapitalistische Lohnarbeit ist das Instrument der Anhäufung immer größerer Reichtümer auf Seiten der Ausbeuterklasse der Kapitalisten, der Bourgeoisie, sowie der permanenten Existenzunsicherheit und materiellen Knappheit für die arbeitenden Menschen. Dies führt jedoch auch immer wieder dazu, dass die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Konsumenten sich irgendwann ihre selbst geschaffenen Produkte nicht mehr leisten können, weshalb die Kapitalisten auf ihren Waren sitzenbleiben: Dies ist die grundlegendste Ursache jeder kapitalistischen Krise. - Das System des Kapitalismus und der Lohnarbeit gründet sich darauf, dass die Produktionsmittel für die Kapitalisten monopolisiert sind, während die Arbeiter und Arbeiterinnen nichts besitzen außer ihrer physischen und geistigen Arbeitskraft. Die historisch notwendige Überwindung des Kapitalismus bedarf daher der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln und deren Überführung in gesellschaftliches Eigentum.

Artikel 3. *Die PdA ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes.* Der Klassenkampf ist das Mittel und die Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen. Die PdA führt den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die bürgerlichen Herrschaftsinstrumente auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet. Der integrale Höhepunkt des Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist deren soziale Revolution, in der die Kapitalistenklasse politisch entmachtet und der in ihren Händen monopolisierten Produktionsmittel enteignet wird.

Artikel 4. *Die PdA ist eine sozialistische und kommunistische Partei.* Und dies im eigentlichen Wortsinn: Ihr strategisches Ziel besteht in der sozialistischen Revolution und im Aufbau des Sozialismus. Der sozialistische Staat als demokratische Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten bei gleichzeitiger Niederhaltung gegenrevolutionärer Elemente ist Voraussetzung für den späteren Übergang zur klassenlosen Gesellschaft (Kommunismus) und somit der Aufhebung jeglicher Herrschaft.

Artikel 5. *Die PdA ist eine antiimperialistische Partei.* Das Weltsystem des Imperialismus teilt die Erde in imperialistische Mächte und abhängige Länder, die von ersteren unterdrückt und ausgebeutet werden. Die PdA steht immer auf der Seite der Unterdrückten und Bedrohten. Sie verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefassten Mächte, insbesondere den aggressiven deutschen Imperialismus, der - nicht zuletzt über das Vehikel EU - auch Österreich seiner nationalen und demokratischen Souveränität berauben möchte. In diesem Sinne tritt die PdA auch für den Austritt Österreichs aus der EU sowie deren Zerschlagung ein. Stattdessen strebt sie den solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker an. Gleichzeitig bekämpft die PdA die imperialistischen Aktivitäten des österreichischen Großkapitals, das den Hauptfeind der österreichischen Arbeiterklasse darstellt und in einigen Ländern Ost- und Südosteuropas hauptverantwortlich für deren imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung ist.

Artikel 6. *Die PdA ist eine österreichische Partei.* Sie verteidigt die nationale Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs sowie das demokratische Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung. Sie tritt ein für die Interessen der arbeitenden Menschen, die in diesem Land leben, ungeachtet ihrer Herkunft oder Sprache. Die PdA bestimmt ihre Aufgaben gemäß den nationalen Besonderheiten und konkreten spezifischen Bedingungen Österreichs sowie der dynamischen Zusammensetzung seiner Arbeiterklasse.

Artikel 7. *Die PdA ist eine internationalistische Partei.* Das eigentliche Kampffeld der PdA liegt in Österreich: Hier muss der Klassenkampf geführt werden, hier muss das Kapital zurückgedrängt und entmachtet werden. Diese Aufgabe mit aller Konsequenz zu verfolgen und zu erfüllen, ist der beste Beitrag zum gemeinsamen internationalen revolutionären Kampf der weltweiten Arbeiterklasse und ihrer Parteien. Die PdA versteht sich in diesem Sinne als integraler Teil und als österreichische Abteilung der internationalen Bewegung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Der Internationalismus der PdA besteht in der bewussten Solidarität gegenüber, in der wechselseitigen Unterstützung der und in der aktiven Zusammenarbeit, Kooperation und Beratung mit revolutionären Parteien anderer Länder. In diesem Zusammenhang wendet sich die PdA auch gegen jede Form von Nationalismus und Chauvinismus, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Woher auch immer die arbeitenden Menschen eines Landes, eines Kontinents oder eben des ganzen Planeten kommen, sie haben gemeinsame Klasseninteressen und dürfen sich nicht nach Herkunft, Nationalität, Sprache, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion von der Bourgeoisie gegeneinander ausspielen und spalten lassen - nicht auf nationaler Ebene und nicht im internationalen Rahmen.

Artikel 8. *Die PdA ist eine antifaschistische Partei.* Sie bekämpft vehement alle Versuche einer schleichenden Faschisierung des Staatsapparates "von oben" ebenso wie Aktivitäten faschistischer Gruppierungen "von unten". Hierbei verteidigt sie bedingungslos die bürgerliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die liberale Gesellschaft gegen den Faschismus, im Wissen, dass diese ebenfalls Elemente bürgerlicher Herrschaft sind. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere monopolkapitalistische Herrschaftsform, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals, somit als eigenes Kind des Imperialismus und Kapitalismus. Daher bedeutet ein konsequenter Antifaschismus, der die Gefahr des Faschismus für immer bannen möchte, auch Antiimperialismus und Antikapitalismus.

Artikel 9. *Die PdA ist eine antimilitaristische Partei.* Sie kämpft gegen Krieg, Militarismus, Aufrüstung sowie imperialistische Interventionen und Okkupationen. Sie tritt für die Auflösung aller Militärbündnisse ein, insbesondere der NATO, von der die Hauptgefahr für den Frieden ausgeht. Sie lehnt die Militarisierung der EU und die Teilnahme des österreichischen Bundesheeres an EU-Kampf- und Besatzungseinsätzen ab. Sie verteidigt die Neutralität Österreichs und fordert eine internationale Krisenlösungs- und Friedenspolitik des österreichischen Staates auf dieser Grundlage. Der PdA ist jedoch bewusst, dass der Imperialismus an sich nicht friedfertig sein kann, denn die verschiedenen imperialistischen Hauptmächte und ihre Verbündeten stehen immer im konkurrierenden Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte, Investitionsmöglichkeiten, billige Arbeitskräfte und Einflussphären - er kann nur für

bestimmte Perioden, unter bestimmten Bedingungen und durch das Wirken einer starken Friedensbewegung zum Frieden gezwungen werden. Eine Friedensgarantie gibt es nur jenseits des Imperialismus als Weltsystem.

Artikel 10. *Die PdA ist eine emanzipatorische Partei.* Sie versteht den Kampf um die völlige Gleichstellung, Selbstbestimmung und Befreiung der Frau als verpflichtenden Teil des Klassenkampfes der Arbeiterklasse um ihre Rechte und den Sozialismus. Die PdA lehnt geschlechterspezifische Diskriminierung, Sexismus, reaktionäre Rollenbilder und patriarchale Hierarchien ab und setzt sich für deren Überwindung ein.

Artikel 11. *Die PdA ist eine ökologische Partei.* Mit der Fähigkeit des Menschen, in entscheidende Bereiche der Natur, der Flora und Fauna, der Landschaftsgestaltung und sogar des Klimas einzugreifen, sie beabsichtigt oder unbeabsichtigt zu verändern, geht die Pflicht einher, im Eigeninteresse, im Interesse zukünftiger Generationen sowie zum Schutze bedrohter Lebewesen und Ökosysteme erhaltend zu agieren. Die PdA bekennt sich daher zum umfassenden Umweltschutz, zu nachhaltiger Produktion, Landwirtschaft und Ressourcengewinnung, zu einem menschen- und umweltgerechten Transport- und Bauwesen sowie zu erneuerbarer und sicherer Energiewirtschaft. Sie stellt sich gegen das rücksichtslose kapitalistische Profitprimat zulasten von Mensch, Tier und Umwelt und misst wissenschaftlichen, technischen und produktiven Fortschritt an dessen ökologischer Verträglichkeit.

Artikel 12. *Die PdA ist eine demokratische Partei.* Sie ist innerlich organisiert nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Dieser beinhaltet Rechte und Pflichten der Mitglieder, der Parteiorganisationen und der Parteiorgane. Das Parteistatut erteilt genaue Auskunft über die auf dieser Basis von der Mitgliedschaft auf demokratische Weise selbst bestimmten und beschlossenen Normen des Parteaufbaus und Parteilebens.

Artikel 13. *Die PdA ist eine marxistisch-leninistische Partei.* Ihr gesamtes Wirken basiert auf den grundlegenden theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin. Aufgabe der PdA ist es, den Marxismus-Leninismus anzuwenden sowie schöpferisch weiterzuentwickeln. Sie verteidigt den Marxismus-Leninismus gegen Entstellungen und Angriffe, seien sie revisionistischer oder "linksradikaler" Natur.

III. Ziele

Artikel 14. Die Strategie der PdA ist auf das *Hauptziel der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Österreich* gerichtet. Dieses ist nicht zu ersetzen durch eine "soziale Demokratie", eine "solidarische Gesellschaft", eine "soziale Marktwirtschaft" oder dergleichen, denn diese verbleiben entweder im Rahmen des

Kapitalismus oder stellen einen Widerspruch in sich dar. Die beiden zentralen Elemente der sozialistischen Revolution sind die politische Macht der organisierten Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Auf dieser Basis kennt der Sozialismus einige weitere Grundsätze: die planmäßige Steigerung der Produktivität; dadurch die Sicherung des materiellen Lebens aller Menschen; die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; die Überwindung der Teilung der Gesellschaft in Klassen; die Ausschaltung von Kriegen aus dem Leben der Menschen; die ökologisch nachhaltige Produktion; die Förderung sozialistischen Bewusstseins. Diese Prinzipien haben allgemeine Gültigkeit. Davon abgesehen gibt es jedoch keine Patentrezepte oder fertigen Modelle für den Sozialismus, die umzusetzen oder nachzuahmen wären. Der Sozialismus in Österreich wird ein österreichischer Sozialismus sein, der sich aufgrund der Analyse der eigenen Voraussetzungen und der spezifischen Besonderheiten ergibt und bewusst auf wissenschaftlicher Grundlage gestalten lässt.

Artikel 15. Mit der Verfolgung dieses Hauptziels trägt die PdA als Teil einer internationalen, weltumspannenden revolutionären Arbeiterbewegung zur *weltweiten Überwindung des Kapitalismus* bei. Ebenso wie der österreichische Weg zum Sozialismus und zur klassenlosen Gesellschaft ein selbstbestimmter sein wird, ist es auch umgekehrt unzulässig, anderen Nationen Vorschriften machen zu wollen. Unter diesem Gesichtspunkt anerkennt und verteidigt die PdA die historische Bedeutung des "Frühsozialismus" in Europa und der UdSSR im 20. Jahrhundert. Die PdA erklärt sich im selbigen Sinne solidarisch mit gegenwärtigen sozialistischen oder sozialistisch orientierten Ländern. Beides enthebt die PdA jedoch nicht ihrer Pflicht, vergangene, gegenwärtige und auch zukünftige sozialistische Revolutionen und Staaten einer eigenen kritischen Analyse und Betrachtung zu unterziehen. Nur dies ermöglicht es, aus internationalen Erfahrungen - seien sie positiv oder negativ zu bewerten - zu lernen.

Artikel 16. Das Ziel der *Befreiung der Arbeiterklasse* kann im Kapitalismus nicht erreicht werden, doch können *Verbesserungen zugunsten der arbeitenden Menschen* erkämpft werden. Hierfür braucht es starke Arbeiterparteien und kämpferische Gewerkschaften, die bereit, willens und fähig sind, dem Kapital zu trotzen und ihm Zugeständnisse abzurufen. Dies betrifft zum Beispiel höhere Löhne und Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung. Es betrifft die soziale Absicherung der Arbeitenden und der Arbeitslosen, die Sicherheit und Höhe der Pensionen und Renten sowie die Verlegung der steuerlichen Hauptlast von den Arbeitenden zu den Kapitalisten, Spekulanten und Großigentümern, zu den Banken und Konzernen.

Artikel 17. Das Ziel der vollständigen *Gleichheit der Menschen* bleibt der klassenlosen Gesellschaft vorbehalten, erst in einer höheren Phase der

kommunistischen Gesellschaft wird das Prinzip gelten: Jeder/jede nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedem/jeder nach seinen/ihren Bedürfnissen. Selbst im Sozialismus wird Ungleichheit fortbestehen, da das Prinzip der Leistung als Grundlage der Güterverteilung dient, sowie aus Gründen der sozialen Fairness, die eine unterschiedliche Behandlung verschiedenartiger Situationen und Bedingungen verlangt. Doch ist auch im Kapitalismus bereits ein *Abbau von Ungleichheit* möglich, nicht nur zugunsten der arbeitenden Menschen und der Armen gegenüber den Kapitalisten und den Reichen, sondern auch bezüglich bestimmter Personengruppen, die aus willkürlichen, vorherrschenden ideologischen und kapitalistischen Gründen ungleich behandelt, schlechter gestellt oder diskriminiert werden. Dies betrifft zum Beispiel die Gleichstellung und die Rechte der Frauen, von nationalen Minderheiten, von Immigrantinnen und Immigranten, von Menschen mit Behinderung oder von Menschen mit alternativen, von der bürgerlichen oder konservativen Vorgabe abweichenden Lebens-, Familien- oder Beziehungsentwürfen oder ebensolchen sexuellen Orientierungen. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass die Gleichstellung im bürgerlichen Staat in vielen Bereichen immer nur eine formelle sein und bleiben wird, denn der Kapitalismus beruht in seiner realen Praxis nun einmal auf Ungleichheit.

Artikel 18. Das Ziel einer *geschwisterlichen Gemeinschaft und Gesellschaft der Solidarität* gehört zu den Kernaufgaben eines sozialistischen Staates. Im bürgerlichen Staat und im Kapitalismus können den politisch und ökonomisch Herrschenden, der Bourgeoisie und ihren Gehilfen, lediglich *Elemente einer gesellschaftlichen Solidarisierung* abgezwungen werden, die schwer zu erkämpfen und immer wieder zu verteidigen sind. Denn die Kapitalistenklasse sieht es nicht gerne, wenn mit einem Teil ihres Profits staatliche und kommunale Einrichtungen, die für sie keinen Profit einbringen, zugunsten der arbeitenden Menschen, der Besitzlosen und der ärmeren Schichten geschaffen und erhalten werden. Ein progressiver Sozialstaat hat nicht nur die Aufgabe, für die unmittelbare soziale Absicherung der arbeitenden Menschen, der Beschäftigungslosen und ihrer Angehörigen zu sorgen, sondern muss darüber hinaus eine zum Großteil kostenlose bzw. zumindest leistbare öffentliche Grundversorgung sicherstellen, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung, Mobilität, Kommunikation, Freizeit sowie Altenbetreuung. Dies sind Bereiche, die der kapitalistischen Profitmacherei und Profitlogik entzogen sein müssen. Ebenso müssen sie dem bürgerlichen Elitegedanken und der sozialen Selektion und Ausgrenzung entzogen werden. Kann derartiges erkämpft und gesichert werden, so stärkt dies auch den Gedanken der Solidarität und Gemeinschaftlichkeit innerhalb der Arbeiterklasse.

Artikel 19. Das Ziel der *vollständigen demokratischen Teilhabe und der politischen Entscheidungsgewalt der Arbeiterklasse* und ihrer Verbündeten ist eine Grundbedin-

gung für ein sozialistisches Gemeinwesen. Die bürgerliche Demokratie des Kapitalismus gesteht nur formell allen Menschen volle demokratische Partizipation zu, in der Praxis existiert sie nicht. Denn die ökonomische, politische und finanzielle Macht der Kapitalistenklasse, ihre Funktion als "Arbeitgeber" und -verweigerer gegenüber der Arbeiterklasse, ihr Zugriff auf die Massenmedien, auf den Wissenschafts-, Bildungs- und Kulturbetrieb, ihre PR-Konzerne, ihre Lobbyagenturen, ihre weitaus größeren Zeitressourcen, die Festlegung willkürlicher Hürden sowie die offene und versteckte Korruption verhindern demokratische Mitbestimmung und hebeln sogar das allgemeine, gleiche aktive und passive Wahlrecht partiell aus; bereits erkämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung werden rückgängig gemacht. Der repräsentative Parlamentarismus der bürgerlichen Demokratie entspricht daher einer faktischen Plutokratie, einer Herrschaft der Reichen und ihrer willfährigen Kollaborateure. Insofern ist es äußerst schwierig, innerhalb des Kapitalismus eine *Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft* zu erreichen. Umso vehementer ist darum zu kämpfen, auch angesichts des um sich greifenden Prozesses des Demokratieabbaus in vielen Bereichen. Das bedeutet, dass die PdA für eine radikale Demokratisierung, für die tatsächliche Gleichwertigkeit aller abgegebenen Stimmen, für den Abbau aller undemokratischen Hürden, die revolutionären und Arbeiterparteien in den Weg gelegt werden, für mehr Formen direkter Demokratie auf allen Ebenen eintritt. Die Demokratisierung betrifft aber nicht nur herkömmliche Vertretungskörper, sondern demokratische Mitbestimmungsmechanismen müssen auch in den Betrieben, in Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen und in der Armee geschaffen werden. Gleichzeitig müssen umgekehrt Privilegien für Politiker und Parteien abgeschafft und die Gehälter für Mandatare und Regierungsmitglieder massiv gekürzt und an den Arbeiterlöhnen orientiert werden. Ebenso muss die Finanzierung - versteckte Korruption - der Parteien und von Politikern durch Konzerne und Kapitalistenverbände untersagt werden. Denn hier liegt ein Mitgrund, warum die etablierte Politik und die Systemparteien nur eine vom Volk abgehobene eigene Kaste bilden, die bloß ein willfähiges Anhängsel des Kapitals sind. Ein weiterer Aspekt der Demokratie ist die nationale Souveränität Österreichs, die von den Herrschenden zugunsten undemokratischer EU-Institutionen und zugunsten der imperialistischen Führungsmacht der EU, d.h. Deutschlands, kontinuierlich aufgegeben wird. Die PdA fordert die Wiederherstellung der uneingeschränkten nationalen Souveränität und politischen Unabhängigkeit Österreichs sowie der demokratischen Selbstbestimmung der österreichischen Bevölkerung.

Artikel 20. Das Ziel der *Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum* und dessen Kontrolle durch die an der Macht befindliche Arbeiterklasse sowie die gesellschaftliche Planung der Wirtschaft sind ökonomisch die zentralen Elemente des Sozialismus. Im Kapitalismus gibt es zeitweise und/oder teilweise ein

Staatseigentum an Produktionsmitteln, vor allem an großen Betrieben. Diese Tatsache hebt deren kapitalistischen Charakter nicht auf. Die kapitalistische Verstaatlichung ist zumeist lediglich ein Mittel, um schwer finanzierbare Restrukturierungen oder Expansionen, nicht, nicht mehr oder noch nicht genügend Profit abwerfende Unternehmen oder in Krisenzeiten vor dem Ruin stehende Konzerne und Banken dem Staat zu übergeben, damit dieser über den Umweg des Staatshaushaltes die Kosten auf die arbeitenden Menschen abwälzt. Ist ein Bereich oder ein Staatsbetrieb konsolidiert bzw. die Krise überwunden, so werden die Unternehmen rasch wieder privatisiert, an in- und ausländische Kapitalisten übergeben. Ihr Motto lautet: Verluste verstaatlichen und vergesellschaften, Gewinne privatisieren. Die PdA lehnt diese Methode ab und plädiert generell für die Beibehaltung des staatlichen Eigentums. Darüber hinaus stellt die PdA dieser Vorgehensweise jedoch auch das *Prinzip der demokratischen Nationalisierung* gegenüber. Hierbei geht es um die Überführung der großen Produktionsmittel, insbesondere aller Banken, Versicherungen und der wichtigsten Konzerne - nicht zuletzt jener in ausländischem Besitz -, in öffentliches Eigentum. Diese Form des Staatseigentums muss an ein demokratisches Mitspracherecht der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, an die Integration der verschiedenen Interessensverbände und deren Koordinierung, an gehobene Mindeststandards im Lohnniveau, im Sozialbereich und in der Ausbildung, an der Orientierung der Unternehmenspolitik am allgemeinen Interesse sowie an ersten Schritten in Richtung einer planmäßigen, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Wirtschaft gebunden sein. In diesem Sinne könnten große Betriebe in Staatseigentum zu antimonopolistischen Bastionen der Arbeiterklasse entwickelt werden und an die Grenzen des Kapitalismus führen. Möglich ist dies jedoch nur, wenn die allgemeinen demokratiepolitischen Voraussetzungen und eine entsprechende Stärke der revolutionären und antimonopolistischen Bewegung gegeben sind.

IV. Funktionen und Aufgaben

Artikel 21. *Die Hauptaufgabe der PdA besteht in der Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse.* Die Befreiung der Arbeiterklasse und die Überwindung des Kapitalismus müssen und können nur ihr eigenes Werk sein, daher muss sie dazu befähigt werden. Keine Partei kann diesen Kampf stellvertretend für die Arbeiter und Arbeiterinnen führen, sondern diese müssen selbst aktiv werden und auch selbst, aufgrund eigener Erfahrung und Einsicht, von der Sache des Sozialismus überzeugt sein. Die Aufgabe der PdA ist es daher, die Arbeiterklasse mit dem Bewusstsein ihrer Lage zu erfüllen, revolutionäres Bewusstsein in der Klasse zu entwickeln und zu reproduzieren, ihr Analyse, Strategie, Taktik und Methoden anzubieten, sie mit der Partei vertraut zu machen und ihre fortgeschrittensten Teile behutsam in sie zu integrieren - kurz: die Arbeiterklasse ideologisch, strukturell und

materiell kampffähig zu machen und zu erhalten. Daher ist die PdA auch kein Selbstzweck zur Vertretung besonderer, gar eigener Interessen, sondern sie erfüllt eine notwendige Funktion in der Arbeiterbewegung, sie ist ein Angebot zum Aufbau einer starken, schlagkräftigen und selbstbewussten Partei der Arbeiterklasse.

Artikel 22. *Es ist die Aufgabe der PdA, die Verbindung mit den Massen zu organisieren und die Arbeiterklasse mit allumfassendem politischen Bewusstsein zu erfüllen.* Da die PdA Politik nicht einfach nur für, sondern mit den arbeitenden Menschen betreiben möchte und muss, ist es ihre Pflicht, stets und immer wieder den Kontakt zu den Massen herzustellen. Es ist nur eine Seite, die arbeitenden Menschen zu lehren, man muss auch von ihnen lernen. Die PdA setzt daher immer bei den konkreten sozialen Bedürfnissen und Problemen der Menschen an, sie versucht, diese scheinbar individuellen Interessen zu verallgemeinern und klare und verständliche Antworten zu geben, die es den Menschen ermöglichen, ihre Lage zu erfassen, selbst aktiv zu werden und ihre Aktivitäten auszuweiten. Die Einsicht in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, Zusammenhänge, Prozesse und Perspektiven sind vermittelbar und sichtbar zu machen über unmittelbare Betroffenheiten sowie in weiterer Folge darüber hinaus. Nur wenn auf diese Weise hegemoniale Ansichten unter den arbeitenden Massen entstehen, wird die revolutionäre Idee zur materiellen Gewalt.

Artikel 23. *Es ist die Aufgabe der PdA, für positive Reformen zu kämpfen.* Die PdA ist eine revolutionäre und antikapitalistische Partei, doch bedeutet dies nicht, dass sie nicht für tatsächliche und unmittelbare Reformen, für soziale und politische Verbesserungen zugunsten der arbeitenden Menschen auch im Rahmen des Kapitalismus kämpft und diese verteidigt. Solche können aber nicht von den Herrschenden erbettelt oder "sozialpartnerschaftlich" ausverhandelt, sondern nur durch den - vornehmlich außerparlamentarischen - Druck der Arbeiterklasse erzwungen werden. Es ist jedoch festzustellen, dass keine Kette von Reformen ein automatisches Hineinwachsen in den Sozialismus oder eine Transformation des Kapitalismus ermöglicht.

Artikel 24. *Es ist die Aufgabe der PdA, den Kampf auch in bürgerlichen Institutionen zu führen.* Die bürgerlich-demokratischen Vertretungskörper, das Parlament, die Landtage und Gemeinderäte, gewerkschaftliche Gremien und die Arbeiterkammer sind zwar keine Werkzeuge der sozialistischen Revolution, aber Plattformen des Klassenkampfes. Daher wird sich die PdA gegebenenfalls für Wahlteilnahmen - in Bündnissen oder selbständig - entscheiden, denn der Klassenkampf ist auch hier zu führen: Bereits jede Wahlauseinandersetzung, aber auch etwaige Mandate sind weitere Tribünen für die Aufklärung der Arbeiterklasse und für die Entlarvung des bürgerlichen Systems und des Kapitalismus. Doch in mehrfacher Hinsicht darf es keine Illusionen geben: Ohne starke außerparlamentarische Bewegung wird man in Parlamenten höchstens partiell positive Maßnahme durchsetzen können; die

bürgerlichen Gesetze, Medien und Realitäten sowie die Verteilung der finanziellen Mittel in der Gesellschaft verunmöglichen gezielt eine faire Wahlteilnahme und eine entsprechende Repräsentation für revolutionäre und tatsächliche Arbeiterparteien; und etwaige Mandatare dürfen selbst nicht dem Irrglauben des rein parlamentarischen Weges verfallen, denn dies war und ist - auf Basis der Teilhabe an den imperialistischen Extraprofiten - das Einfallstor für den Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Artikel 25. *Es ist die Aufgabe der PdA, bündnisfähig zu sein.* Sie darf sich nicht sektiererisch isolieren oder gegenüber anderen besserwisserisch und maßregelnd verhalten. Sie ist daher bereit, mit allen sozialistischen, kommunistischen, revolutionären und linken, aber auch allen demokratischen, sozial progressiven, pazifistischen und antifaschistischen Kräften zusammenzuarbeiten, wenn es sich aufgrund einer konkreten Übereinkunft ergibt, ohne Vorbehalte aufgrund anderer Meinungsverschiedenheiten. Die PdA hat sich als verlässlicher Bündnispartner zu erweisen, der zu seinem Wort steht und dessen Handschlag gilt. Im Großen geht es um die Schaffung eines dynamischen antimonopolistischen Bündnisses für Demokratie, sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Frieden, das auch gesellschaftliche Schichten wie kleine Landwirte und Gewerbetreibende, Freiberufler und Intellektuelle erfasst, die objektiv ebenso im Gegensatz zum Imperialismus und Monopolkapital stehen. Die PdA gibt ihre ideologische und organisatorische Eigenständigkeit jedoch in keiner Bündniskonstellation auf.

Artikel 26. *Es ist die Aufgabe der PdA, taktisch flexibel und beweglich zu sein.* Sie muss alle Formen des politischen, ökonomischen und ideologischen Kampfes beherrschen und auch zur richtigen Zeit anzuwenden wissen. Richtige taktische Ansätze ergeben sich aus der konkreten Analyse der jeweiligen Bedingungen, der theoretischen Erwägungen und historischen Erfahrungen. Bei aller strategischen Zielsicherheit und Prinzipienfestigkeit darf man nicht auf taktische Manöver, zweckmäßige Methoden, bewegliche Strukturen und sinnvolle Etappenziele verzichten. Die PdA ist eine Partei der gesellschaftlichen Praxis, sie muss ihre Taktik - in Übereinstimmung mit dem strategischen Ziel - anhand der tatsächlichen Realität und den Erfahrungen in den Klassenkämpfen festlegen, ihre Tätigkeit aus der Praxis entwickeln, anhand dieser überprüfen, immer wieder erneuern und weiterentwickeln.

Artikel 27. *Es ist die historische Aufgabe der PdA, für den Sozialismus zu kämpfen.* Die Welt befindet sich in der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser ist heute global eine historische Notwendigkeit für die weitere menschliche Existenz und Zivilisation, denn der Kapitalismus steht für den Weg in die Barbarei, die das Überleben der Menschheit selbst infrage stellt. Im Sinne des konsequenten Kampfes für den Sozialismus hebt die PdA die Eigentumsfrage (die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln) als

Grundfrage der revolutionären Arbeiterbewegung hervor. Die zentrale Frage der sozialistischen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch die organisierte Arbeiterklasse, um dem Kapital den ökonomischen Boden zu entziehen. Daran führt kein wie auch immer gearteter "dritter Weg" vorbei. Die PdA hält es zwar nicht für unausweichlich, aber durchaus für wahrscheinlich, dass der Weg zum Sozialismus in Österreich über die Etappe der antimonopolistischen Demokratie führt, von deren Boden aus aufgrund eines nachhaltig veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses die Kampfbedingungen um den Sozialismus optimiert sind. Dementsprechend richtet sie ihre revolutionäre Strategie aus.

V. Aufruf

Artikel 28. Die PdA ist bereit, mit allen marxistischen, klassenverbundenen und linken Kräften Aktionseinheiten zu bilden. Sie ist darüber hinaus bereit, sich an Bündnissen mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften zu beteiligen. - Die PdA ruft alle diese Kräfte, Gruppen und Menschen zur gleichberechtigten, solidarischen und demokratischen Zusammenarbeit auf.

Artikel 29. Die PdA lädt alle Sozialistinnen und Sozialisten, Kommunistinnen und Kommunisten, Marxistinnen und Marxisten, die für sich die Notwendigkeit einer revolutionären Neuorganisation sehen oder gegenwärtig unorganisiert sind, dazu ein, mit ihr in Kontakt zu treten. - Die PdA ruft alle diese Menschen oder Gruppen zur gemeinsamen Diskussion über die Zukunft der Arbeiterbewegung und ihre organisatorische Gestaltung auf.

Artikel 30. Die PdA stellt an alle Arbeiterinnen und Arbeiter, ob in einem Arbeitsverhältnis stehend oder von Arbeitslosigkeit betroffen, das Angebot, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sie in selbständiger Aktion zu unterstützen. - Die PdA ruft sie dazu auf, gemeinsam Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des Kapitalismus zu leisten.

Artikel 31. Die PdA ruft alle an ihr interessierten Menschen auf, sich selbst ein Bild zu machen und im Umfeld der PdA mitzuarbeiten. - Die Mitgliedschaft in der PdA steht allen Menschen, unabhängig ihrer sozialen Stellung, Herkunft oder Nationalität, offen, wenn sie sich zu den Grundsätzen der PdA bekennen und in ihrem Sinne aktiv werden möchten.

Artikel 32. Zu guter Letzt ruft die PdA alle Menschen, deren Lage durch die Bedingungen des Kapitalismus und Imperialismus bedroht ist, dazu auf, dies nicht als unabänderliches Schicksal zu akzeptieren. Denn die Menschheit ist Herrin ihres Schicksals, wenn sie sich dessen bewusst wird. Sammelt euch, wehrt euch, lernt kämpfen und werdet dort in der revolutionären Arbeiterbewegung aktiv, wo es euch

möglich ist! Anders wird das Kapital weder zurückzudrängen noch jemals zu besiegen sein.

Die PdA verschmäht es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklärt mit ihren hier dargelegten Grundsätzen offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor der Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter zittern. Die Arbeitenden haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Die KKE zur Politik in Griechenland

Internationale Abteilung des ZK der KKE: Zwischen zwei schwierigen Kämpfen

... Die KKE hat seit längerer Zeit klargestellt, dass die Begriffe „links“ und „rechts“ nicht mehr der heutigen politischen Realität entsprechen. Ein „Linker“ kann heute der Generalsekretär der NATO oder der Ministerpräsident eines Landes, das einen imperialistischen Krieg führt und arbeiter- und volksfeindliche Maßnahmen trifft, sein. Die Kommunistische Partei ist nicht einfach eine „linke Partei“, sondern die Partei, die für den Umsturz des Kapitalismus und den Aufbau der neuen sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft kämpft. Auf diesem Weg wird es auch Errungenschaften geben und nicht umgekehrt! Wie die Geschichte gezeigt hat, haben die Reformen, der Kampf für eine Verbesserung des kapitalistischen Systems, für die Entschärfung der extremen volksfeindlichen Maßnahmen, d.h. dort wo die opportunistischen-sozialdemokratischen Kräfte ansetzen, niemals und nirgendwo zu einem Umsturz des Kapitalismus geführt. Im Gegenteil. Oft haben sie zur Erstarkung des Kapitalismus geführt durch das Entstehen von Illusionen, dass der Kapitalismus humanisiert werden könne. Als Beispiele seien angeführt, dass sich die Europäische Zentralbank in der heutigen Zeit von einem kapitalistischen Instrument zu einer menschenfreundlichen Institution umwandeln könne, die zinslose Kredite vergibt. Oder, dass sich die EU aus einer Vereinigung im Dienste des Kapitals zu einer „Union der Völker“ entwickeln könne, wie SYN/SYRIZA und die Europäische Linkspartei behaupten.

Deswegen propagiert die KKE ihren umfassenden politischen Vorschlag, den sie bei den Wahlen am 6. Mai in folgender Losung spezifizierte: „Raus aus der EU, Volksmacht und einseitige Streichung der Schulden“.

Die KKE bezieht sich dabei konsequent auf den Marxismus-Leninismus. Wie Lenin schrieb: „Das Proletariat kämpft für die Abschaffung der alten Macht. In diese Richtung wird es seine gesamte Propagandarbeit, die Reifung der Organisation und die Mobilisierung der Massen orientieren. Wenn das Proletariat nicht die gesamte Abschaffung erreicht, wird es von einer Teilabschaffung profitieren. Das Proletariat wird aber nie die Teillösung propagieren, es wird sie nie verschönern und das Volk aufrufen, sie zu unterstützen. Wirkliche Unterstützung des realen Kampfes wird denen gegeben, welche mehr anpeilen, (welche im Falle eines Misslingens weniger erreichen) und nicht denen, welche schon vor Beginn des Kampfes ihre Aufgaben in opportunistischer Weise stützen“. (W. I. Lenin: „Der Kampf um die Macht und der „Kampf“ um Almosen“, Band 13, Seite 221, griechische Ausgabe).

Die KKE hat die Idee der Bildung einer „Linksregierung“ verworfen, die durch Beibehaltung der Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO und EU, sowie mit unveränderten kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine volksfreundliche Verwaltung des Systems erreichen würde. Unsere Partei kämpft für die Entwicklung des Klassenkampfes, die Entwicklung politischen Bewusstseins bei den arbeitenden Menschen, dessen Befreiung von dem Einfluss der bürgerlichen Parteien und ihren ideologischen Konstrukten. Sie kämpft für den Aufbau eines gesellschaftlichen Bündnisses, das nicht nur die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen wird, sondern die Entkoppelung unseres Landes von den imperialistischen Interventionen anstrebt und die Machtfrage stellen wird.

Ziel ist der Rückgang des Einflusses der KKE und ihre Integration in das System

Die Weigerung der KKE sich in „linke“ Formationen oder unter einer „linken“ Regierung unterzuordnen befindet sich im Fokus von Feinden aber auch „Freunden“, die die KKE direkt oder indirekt auffordern, sich mit anderen „linken“ Kräften zu „vereinigen“. Das ist die Linie der kommunistischen Parteien, die sich im Vorstand der Europäischen Linkspartei befinden. Es fehlt auch nicht an Angriffen, wie die eines Professors aus den USA, die, wie auch einige trotzkistische Gruppierungen, im Ausland bekannter als in Griechenland, die KKE als die „sektiererische KP in der Welt“ bezeichnen.

Wenn es aber so wäre, dass die Partei „sektiererisch“ ist, wie kann es dann sein, dass sich beim Kurs des Klassenkampfes und der Konfrontation, den die KKE propagiert, hunderttausende Menschen zusammenfinden? Wie kommt es dazu, dass sich in den

Linien von PAME mehrere Gewerkschaftsbasisorganisationen, Branchenverbände und Arbeiterzentren, die hunderttausende Arbeitende vertreten, organisieren?

Erwähnenswert ist, dass bei der PAME, als Klassenpol in der Gewerkschaftsbewegung, 8 Branchenverbände, 13 Arbeiterzentren und hunderte Basisorganisationen mit insgesamt 850.000 Mitgliedern vereinigt sind. Zusätzlich ist PAME auch in den Gewerkschaften aktiv, bei denen die klassenbewussten Kräfte nicht die Mehrheit haben. So ist die PAME z.B. zweite Kraft in einer Reihe von Branchenverbänden (wie dem Nahrungs- und dem Metallverband) und in den zwei größten Arbeiterzentren des Landes (Athen und Thessaloniki).

Wie kommt es, dass in der PASEVE (antimonopolistisches Bündnis der Selbstständigen) tausende Selbstständige organisiert sind, die die Notwendigkeit der Konfrontation mit den Monopolen begreifen? Wie kommt es, dass tausende arme Bauern durch ihre Bauernverbände und Kommissionen, von dem Kampf des Kämpferischen Gesamtbauernbündnisses (PASY) gegen die gemeinsame Agrarpolitik der EU inspiriert werden? Wie kommt es, dass Frauen und Tausende von Studenten aus den Arbeiter- und Volksschichten in den Kampf mit den Forderungen und Initiativen des Frauenverbandes Griechenlands (OGE) und der Kampffront der Studenten (MAS) treten? In allen diesen gewerkschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Organisationen stehen die Mitglieder und Funktionäre der KKE, ohne es zu verbergen, an der vordersten Front.

Die Beschuldigungen der „Isolation“, des „Dogmatismus“ und des „Sektierertums“ der KP, weil wir eine „Linksregierung“ nicht akzeptieren oder unsere Wahlergebnisse nicht genauso schnell wie die der sozialdemokratischen Formation von SYRIZA steigern, passen nicht zur KKE. Wir erinnern daran, dass vor zweieinhalb Jahren die andere sozialdemokratische Partei, die PASOK, 44% der Stimmen bekommen hat und jetzt nur noch 13%, so dass sie durch diesen Absturz unter Bedingungen politischer Instabilität die ihr nah stehende politische Gruppe, den SYRIZA, unterstützte. Vielmehr kann eine kommunistische Partei, wie die KKE, nicht mit einem einzigen Kriterium, wie die Wahlprozente beurteilt werden.

Was das Thema der Bündnispolitik betrifft, hat unsere Partei bedeutende historische Erfahrungen gesammelt. Sie war führend bei dem antifaschistischen Kampf einer großen bewaffneten Front, die einen erheblichen Beitrag zum Volkskampf leistete. Die Partei konnte jedoch in dieser Periode keine Strategie der Umwandlung des antifaschistischen Kampfes in einen Kampf um den Umsturz der bürgerlichen Herrschaft entwickeln. Die KKE baute „linke“ Bündnisse in den Jahrzehnten von 1950 und 1980 auf. Aus den Erfahrungen der Bündnispolitik hat die KKE wertvolle Schlüsse gezogen und hat auf keinen Fall die Absicht, ähnliche Fehler zu wiederholen.

Warum aber dieser Angriff auf die KKE? Die internationale Aktivität der KKE in Richtung des Wiederaufbaus einer internationalen kommunistischen Bewegung auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus stört. Von Athen aus begannen die Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien und andere internationale kommunistische Aktionen. Das Wesentliche ist aber, dass die KKE, eine Partei mit Wurzeln in der Arbeiterklasse und großer Erfahrung in Arbeiter- und Volkskämpfen, sich weigert, ihre Prinzipien zu verlassen, sich als „Schwanz“ der Sozialdemokratie einzuordnen und sich der EU und der NATO unterzuordnen. Die bekannte französische Zeitung *Le Monde Diplomatique* schrieb in einem Artikel nach den Wahlen: „Verborgenes Ziel und Wunsch aller linken Griechen ist es, die KP aufzulösen, sie auf einer neuen Basis zu erneuern und der griechischen Linken ihren richtigen Platz in der griechischen Gesellschaft zu geben“. Mit anderen Worten soll die KKE untergehen und sich in einem „kommunistischen Alibi“ der Sozialdemokratie bei der Verwaltung der kapitalistischen Barbarei umwandeln, wie einige umgewandelte kommunistische Parteien in Europa es getan haben.

Unser Ziel ist es, ihre Pläne zu durchkreuzen. Wir wollen die KKE bewahren und stärken. Trotz des enormen Druckes auf unsere Partei gibt es Mut machende Zeichen, dass sich die KKE als „eine harte Nuss“ erweisen wird.

Zehn Tage nach den Wahlen vom 6. Mai fanden die Studentenwahlen statt. Die Fraktion, die von der Kommunistischen Jugend Griechenlands unterstützt wird, bekam 16% an den Fachhochschulen und 14,2% an den Hochschulen, sie verbesserte damit ihre Wahlergebnisse im Vergleich zum letzten Jahr. Die Fraktion von SYRIZA blieb bei nur 2,3% an den Fachhochschulen und 6,9% an den Hochschulen.

Renovierung des bürgerlichen Systems

Die KKE warnte das griechische Volk seit längerer Zeit davor, dass die Bourgeoisie eine Renovierung der politischen Kulisse vorbereitet, um ihre Macht aufrecht zu erhalten. Sie kann das bürgerliche politische System nicht mehr durch den Austausch einer konservativen (ND) mit einer sozialdemokratischen (PASOK) Partei verwalten, wie sie es seit 1974, nach dem Sturz der Militärdiktatur, machte. Das bürgerliche System versucht Parteien und Persönlichkeiten zu „entsorgen“, deren Ruf sich in den Augen des Volkes unwiderruflich beschädigt hat. Unter diesen Bedingungen erzielte SYRIZA, die ein sozialdemokratisches Programm hat, Wahlgewinne, in dem sie während der Wahlperiode unverhüllt log und Illusionen verbreitete, dass es bessere Tage für die arbeitenden Menschen ohne Konfrontation mit den Monopolen und den imperialistischen Vereinigungen geben könne. Deswegen trägt SYRIZA eine große Verantwortung gegenüber dem Volk!

Die KKE ruft die arbeitenden Menschen auf, sich bewusst zu machen, dass diese versuchte Restaurierung nicht der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse des Volkes entspricht. Auch die sogenannte „Linksregierung“ ist ein „Rettungsring mit einem Loch“, den sie den in der Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems ertrinkenden arbeitenden Menschen hinwerfen.

Das Volk darf sich nicht in Pseudodilemmata fangen lassen

Im Wahlkampf vor dem 17. Juni verbreiten die bürgerlichen Parteien und der Opportunismus täuschende Dilemmata, damit sich das Volk in die Sackgasse begibt, der Widerstand der radikalen Volksmassen nachlässt und der Einfluss der KKE verringert wird. Die KKE verheimlicht nicht, dass dieser Kampf sehr schwierig für die Kommunisten sein wird!

Betrachten wir einige dieser Dilemmata:

1. Euro oder Drachme?

Es ist eins der lügnerischen Dilemmata, die die ND gegen den SYRIZA aufführt, dass seine Politik das Land aus der Euro-Zone herausführen würde und katastrophal für die arbeitenden Menschen sein würde. SYRIZA antwortet darauf, dass der Preis des Austritts Griechenlands aus der Eurozone sehr hoch für die anderen Länder der Euro-Zone sein wird und er deswegen nie stattfinden wird.

In Wirklichkeit, unter den Bedingungen der sich entwickelnden kapitalistischen Krise, ist ein Zusammenschrumpfen der Euro-Zone mit Rauswurf Griechenlands und anderer Länder oder eine innerstaatliche Entwertung des Euro in unserem Land nicht ausgeschlossen. Unter diesem Aspekt sind die Erpressungen der EU und des IWF real und die Antwort kann nicht die nachlässige Beruhigung sein, wie sie SYRIZA verbreitet.

Wir müssen festhalten, dass die anderen Parteien außer der KKE, d.h. ND, SYRIZA, PASOK und DIMAR in Konkurrenz zueinander treten, welche fähiger sei, das Land innerhalb der Euro-Zone zu halten und sie beschuldigen sich gegenseitig, dass die jeweilige Politik Griechenland zur Drachme führe. Das Ziel aller ist es, dass das Dilemma „Euro oder Drachme“ vorherrschend im Volksbewusstsein wird, um zu verdecken, dass alle die gleiche Strategie haben. Sie sind Parteien der EU. Sie fordern das Volk auf, gegen seine Interessen und unter der falschen Devise „innerhalb oder außerhalb der Euro-Zone“ zu stimmen und zu kämpfen. Und das während sich alle Parteien, außer der KKE, für den Verbleib des Landes in der EU und der Euro-Zone aussprechen. Die arbeitenden Menschen und das Volk werden sowohl mit dem Euro als auch mit der Drachme verelenden.

Die KKE fordert die arbeitenden Menschen auf, dieses Dilemma zu überwinden. Sie sollen nicht wählen, in welcher Währung sie ihre Armut, die Verluste an Lohn und Rente, die Zusatzabgaben und die Steuern, die Ausgaben für Gesundheit und Bildung berechnen werden. Die Frage „Euro oder Drachme“ ist die andere Seite der Einschüchterung über unregelmäßige Insolvenz, die für die Mehrheit des Volkes schon Realität ist. Sie wollen das Volk an diesem Pseudodilemma binden, damit sie es erpressen können, wenn sie volksfeindliche Gesetze verabschieden. Sie sagen ihm, es soll zwischen den barbarischen Maßnahmen und der Rückkehr zur Drachme, die sie als Chaos und Unglück bezeichnen, wählen. Gleichzeitig gibt es in Griechenland und im Ausland Teile der Plutokratie, die die Rückkehr zur Drachme bevorzugen, damit sie mehr als jetzt und die Bourgeoisie insgesamt aus der Einbindung des Landes in der Euro-Zone verdienen. Das insolvente Volk wird weder mit dem Euro noch mit der Drachme einen Fortschritt erleben, solange die Monopole die Produktion leiten, das Land in der EU und die Bourgeoisie an der Macht bleibt. Die einzige Antwort auf die Frage „Euro oder Drachme“ aus Sicht der realen Volksinteressen ist: Austritt aus der EU mit Erringung der Volksmacht und einseitiger Annullierung der Schulden. Es ist selbstverständlich, dass in so einem Fall das Land seine eigene Währung haben wird.

2. Griechische oder europäische Lösung?

Alle reden von einer europäischen Lösung der Krisenfrage in Griechenland und verweisen auf Verhandlungen mit den EU-Gremien für eine Gesamtlösung der Schuldenfrage, die auch Griechenland betreffen wird. Alle griechischen Parteien, außer der KKE, begrüßten die Wahl Hollands zum französischen Präsidenten, der, wie sie behaupten, dem volksfeindlichen Paar „Merkosy“ ein Ende bereitet. Hinzu fügen sie jetzt die Verhandlungen mit der EU über Wachstumsmaßnahmen mit Geldtransfer an große Betriebe, um Investitionen zu tätigen.

Ihre Taktik will verbergen, dass sich die Hauptverantwortlichen für die Qualen des Volkes nicht in Brüssel sondern im Land befinden. Es ist die Bourgeoisie, die großen Arbeitgeber, die die Produktionsmittel, die Schiffe, die Büros und die Dienstleistungen in Griechenland besitzen, in deren Auftrag und aufgrund der Entscheidungen der Parteien der Plutokratie das Land Teil der EU ist. Es ist eine Provokation, die EU als eine Ebene zur Findung eines volksfreundlichen Ausweges darzustellen. Die EU hat zusammen mit den regionalen Regierungen und dem IWF die Memoranden ausgearbeitet, sie hat als Strategie die „EU 2020“ und den Maastrichter Vertrag, der die Grundlage jeder arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahme innerhalb oder außerhalb von Memoranden darstellt. Sie sagen dem Volk, dass auch die kleinste Entlastung von den Maßnahmen ein Thema von internen Verhandlungen der EU sei, während die Bourgeoisie versucht, den Ausweg aus der Krise zugunsten der Monopole und zu Lasten der Völker zu sichern. Sie fordern die Opfer auf, von den Tätern eine Lösung ihrer Probleme zu erwarten. Und das innerhalb einer Euro-Zone,

die immer tiefer in die Krise versinkt und dabei zunehmend reaktionärer wird, bei bestehender interner und auch externer Konkurrenz zu anderen imperialistischen Zentren.

Riesig ist die Verantwortung von SYRIZA, der eine Neuverhandlung der Strategie des Memorandums anstrebt, die die Bewegung so auf Eis legt bis die Verhandlungen einer „Linksregierung“ mit den Partnern der EU angeblich erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig spricht SYRIZA vom „sozialen Zusammenhalt“ und „sozialen Frieden“, den eine „Linksregierung“ durchsetzen wird. Das bedeutet „Ruhe“ bei den Arbeiterkämpfen in einer Zeit, in der diese gesteigert und radikalisiert werden sollten, hauptsächlich gegen die inländische Plutokratie und die Parteien, die sie mittels Einschüchterungen und Illusionen unterstützen.

Die KKE zeigt auf, dass eine solche Arbeiter- und Volksbewegung in Griechenland benötigt wird, die den Bruch und den Umsturz bei den Entscheidungen des Kapitals und der EU fördert. Gleichzeitig soll die Koordinierung auf der europäischen Ebene voranschreiten, und zwar nicht durch Verhandlungen, sondern durch die Stärkung der Arbeiterbewegung beim Kampf gegen die EU und für den Bruch mit ihr.

3. Sparmaßnahmen oder Wachstum?

In einem in der Krise versunkenen kapitalistischen Europa ist die Forderung für die Regierungen das „Wachstum“, d.h. die Loslösung des EU-Kapitals von der Krise. In Griechenland beschuldigen sich die EU-Parteien gegenseitig, wie groß der Anteil von Spar- und Wachstumsmaßnahmen in deren Politik sein soll. Sie versuchen so zu verbergen, dass der Weg des kapitalistischen Wachstums unter Bedingungen verschärfter kapitalistischer Konkurrenz und innerimperialistischer Gegensätze Sparmaßnahmen beinhaltet. Dem Wachstum dienen die „Stabilitätsmaßnahmen“, die in Ländern mit oder ohne Memorandum getroffen werden, damit es wieder eine Reserve im Staatshaushalt zur Förderung des Kapitals gibt. Im Namen des Wachstums werden „strukturelle Veränderungen“ in Griechenland und in der ganzen EU gefördert, die besonders die Arbeits- und Versicherungsbedingungen umkippen, damit der Arbeiter billiger für das Kapital wird. Auf das Wachstum zielen auch die Privatisierungen und die Liberalisierung der Märkte, die neue Profitmöglichkeiten für die Plutokratie eröffnen und die kleinen Selbstständigen zerstören. Alles passiert im Namen des Wachstums, das aufgrund seines kapitalistischen Charakters, ausschließlich von volksfeindlichen Maßnahmen erreicht wird, gleich ob es sich dabei um Sparmaßnahmen, „strukturelle Veränderungen“ oder direkte Geldtransfers an Großunternehmen handelt. In der gesamten vorherigen Zeit lockerten oder forcierten die bürgerlichen Regierungen der Euro-Zone die Maßnahmen, in die eine oder andere Richtung, bei dem Versuch, die Konkurrenz untereinander und die tiefe Krise zu verwalten.

Die KKE betont, dass der Ausweg für das Volk nicht in der Verwaltung der Krise durch restriktive oder extensive Maßnahmen des politischen Personals des Kapitals in den EU-Gremien liegt. Er liegt bei der Organisation des Kampfes auf nationaler Ebene, für einen anderen Entwicklungsweg, der alle Produktionsmöglichkeiten des Landes zu Gunsten des Volkes mit der Macht des Volkes, dem Austritt aus der EU und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel entfalten wird.

4. „Rechts“ oder „Links“? „Memorandum“⁵ oder „Antimemorandum“?

Es handelt sich um Dilemmata, die auch andere Erscheinungsformen annehmen können, je nachdem, wie die weitere Entwicklung mit der neuen Form des Doppelpols (der bisher aus ND und PASOK bestand) Mitte-Rechts oder Mitte-Links von statten gehen wird. Die genannten Dilemmata haben mit der Hauptverantwortung von SYRIZA die wirklichen Gegensätze innerhalb Griechenlands und der EU an den Rand gedrängt und vernebelt. Das künstliche Dilemma „Memorandum – Antimemorandum“ wird sowohl von Bürgerlichen als auch von Opportunisten benutzt, um zu verdecken, dass deren vereinigendes Element die „EU als Einbahnstraße“ ist, d.h. die Gleichschaltung mit der Strategie des Kapitals. Unabhängig von unterschiedlichen Taktiken verhöhnen diese Kräfte, ganz gleich, ob sie „links“ oder „rechts“, „für“ oder „gegen“ das Memorandum sind, die Arbeiter und die Volksschichten, wenn sie behaupten, es gäbe eine Lösung für das Volk innerhalb der EU. ND, PASOK, Unabhängige Griechen, SYRIZA, DIMAR und andere Kräfte haben kein Programm der Auseinandersetzung mit der Macht der Monopole, oder zumindest ihrer Infragestellung. Die Begriffe, die sie benutzen, wie z.B. „Wachstum“, „Umverteilung des Reichtums“, „Überprüfung der Schulden“, „gesamteuropäische Lösung“, verdecken die gegensätzlichen Klasseninteressen in Griechenland und in der EU. Sie verdecken die Tatsache, dass bei Beibehaltung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln es keine Möglichkeit des Wohlstandes für die Volksschichten geben kann. Das Memorandum ist die Spitze des Eisberges der Strategie der EU, die volksfeindliche Maßnahmen in allen Mitgliedsländern vorsieht. Das gilt für Griechenland, Irland, Portugal, Ungarn, Rumänien, die Kreditabkommen haben, aber auch für Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark, die keine haben, und sogar für Großbritannien, das kein Mitglied der Euro-Zone ist. Der Angriff des Kapitals in allen Ländern ist einheitlich, mit Lohnkürzungen, Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Privatisierungen des öffentlichen Sektors, Einführung von Marktmechanismen bei der

⁵ „Memorandum“ = Das Abkommen volksfeindlicher Maßnahmen, das die griechische Regierung mit der EU, der EZB und dem IWF geschlossen hat, damit sie neue Kredite erhält.

Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Kultur, des Sports und mit relativer und absoluter Verelendung der arbeitenden Menschen. Auch wenn in Griechenland das Memorandum abgeschafft werden würde, ohne Konfrontation mit dem Kapital und seiner Macht werden die volksfeindlichen Maßnahmen weiter getroffen und sogar intensiver, weil dies von den strategischen Richtlinien der EU vorgesehen ist, die die bürgerlichen Parteien und SYRIZA entweder unterschrieben haben oder unterstützen.

Die tatsächliche Frage, die das Volk in der nächsten Zeit beantworten muss und immer deutlicher zutage tritt, lautet: Soll Griechenland und das arbeitende Volk unabhängig und frei von den europäischen Verpflichtungen sein oder soll Griechenland einverleibt in der imperialistischen EU bleiben? Soll das Volk Herrscher des Reichtums, den es produziert, sein, oder Sklave in den Fabriken und den Unternehmen der Kapitalisten? Soll das Volk organisiert vorgehen und Hauptakteur der Entwicklungen sein, oder soll die Bewegung am Rande gedrängt abwarten, dass die Probleme von ihrem Verursacher gelöst werden? Die Position der KKE ist klar. Die Tatsache, dass sich alle ihre Vorhersagen und Einschätzungen bewahrheitet haben, ist für das Volk ein Grund mehr, ihr Vertrauen zu schenken und sich mit ihr zu verbünden. ...

Italien nach den Wahlen

Gerhard Feldbauer: Gefährlicher Rechtsruck bei Parlamentswahlen in Italien. Neuwahlen möglich – Staatspräsident Napolitano lehnt aber ab

Am 24./25. Februar fanden in Italien Parlamentswahlen statt. Für die Abgeordnetenversammlung waren 50,4 Millionen Italiener über 18 Jahre, davon 3,2 im Ausland lebende wahlberechtigt. Für den Senat konnten 45,7 Millionen ab 25 Jahre, davon 2,5 im Ausland abstimmen. Gewählt wurden 630 Abgeordnete und 315 Senatoren.

Die Wahlen haben zu einem gefährlichen Rechtsruck geführt, der ein Patt zwischen Mitte Links und Rechts hervorbrachte. Das Bündnis Luigi Bersanis von der Demokratischen Partei (DP) mit der Linkspartei Umwelt und Freiheit (SEL) erreichte im Parlament mit etwas mehr als 31 Prozent den ersten Platz und liegt auch im Senat, der zweiten Kammer, knapp vorn. Bersani profitiert in der Abgeordnetenversammlung von dem unter Berlusconi eingeführten undemokratischen Wahlgesetz und erhält als

Sieger 340 Sitze (54 Prozent) und kann Ministerpräsident werden. Da eine Auseinandersetzung mit dem faschistoiden Kurs des Mediendiktators Silvio Berlusconi wiederum ausblieb, gelang diesem ein Comeback und er kam sowohl im Parlament als auch Senat auf Platz zwei.

Der bisherige Übergangspremier und frühere EU-Kommissar Mario Monti kam im Parlament abgeschlagen auf 10,5 Prozent. Er wurde für seinen rigorosen EU-Sparkurs abgestraft. Auch ging die Kalkulation, mit den früheren Bündnispartnern Berlusconi, der von dem vorherigen Führer der AN-Faschisten, Gianfranco Fini, mit „geläuterten“ Parteigängern gebildeten Partei Zukunft und Freiheit (FEL) und der Union Demokratischer Christen (UDC), der Liste Montis den Rücken zu stärken, nicht auf. Die UDC sackte von 6,7 Prozent 2008 auf 1,8 ab und Finis FEL kam sogar nur auf 0,5 Prozent. Mit 25,5 Prozent erreichte die 5-Sterne-Bewegung des Starkomikers Beppe Grillo in beiden Kammern einen spektakulären dritten Platz und wird zum Zünglein an der Waage bei der Regierungsbildung oder einem Scheitern.

Berlin für Comback Berluconis verantwortlich

Monti hatte Bersani bereits vor der Wahl eine Regierungsbeteiligung zugesagt. Im Senat, der allen Gesetzen und Verordnungen (Dekreten) der Regierung zustimmen muss, ist der DP-Chef jedoch auf die Stimmen Berlusconi oder Grillos angewiesen. Ein Zusammengehen mit dem faschistoiden Mediendiktator schließt er (bisher) aus. Auch Grillo hatte Bersani vor der Wahl abgelehnt. Inzwischen hat er einen Dialog angeboten und scheint bereit, das Wagnis einer Regierungszusammenarbeit einzugehen.

Große Enttäuschung herrscht unter den beiden KPs (PRC und PdCI), die hofften, in der Koalition mit der Partei der Werte Italiens (IdV) des früheren Korruptionsermittlers Antonio Di Pietro und anderen kleinen linken Gruppen in einem Bündnis Rivoluzione Civile (Bürgerliche Revolution) den Wiedereinzug ins Parlament zu schaffen. Das Bündnis blieb unter zwei Prozent und scheiterte damit an der Vier-Prozent-Sperrklausel (zu den Ursachen siehe weiter unten).

In Berlin und Brüssel gab man sich schockiert über das Comeback Berlusconi, der neben haltlosen Wahlversprechen mit Steuersenkungen und der Schaffung von drei Millionen Arbeitsplätzen demagogisch den von ihm in drei Regierungen selbst praktizierten Sozialabbau Montis kritisierte und Stellung gegen Berlin und Brüssel bezog. Dabei wurde vergessen, dass dort Berlusconi einst mit seinen aus der früheren Mussolinipartei hervorgegangenen faschistischen Verbündeten (der MSI) salonfähig gemacht wurde. Ex-Kanzler Kohl feierte das damals als einen „historischen Augenblick“ und schwadronierte vom „gemeinsamen Aufbau der Demokratie“ mit Berlusconi Faschisten und Rassisten. Die ständige Einmischung der Merkel-

Regierung in die Wahlen, bei der in letzter Minute sogar ein Mitte Links-Sieg mit Wohlwollen bedacht wurde, nützte Berlusconi „antideutschen“ Attacken.

Warnungen von Fo, Eco und Moretti ignoriert

In Italien bewirkte der von Berlin fast zwei Jahrzehnte beförderte Regierungskurs des Medientycoon eine Verharmlosung der von ihm ausgehenden faschistischen Gefahr, auf die der Aufruf von Intellektuellen wie Nobelpreisträger Dario Fo, Umberto Eco oder Nanni Moretti vor den Wahlen warnend verwies, einen Auftrieb. Diese Persönlichkeiten haben bereits in der Vergangenheit immer wieder gewarnt, von dem Regime des Mediendiktators, einem Mitglied des Dreierdirektoriums der faschistischen Putschloge P2, drohe die Etablierung eines faschistischen Regimes. Fo hatte unter Berlusconi „den Zusammenbruch der Demokratie“ und die Etablierung eines „neuen Faschismus“ gesehen. Eco hatte dessen Regierungskurs ein Erbe „des übelsten Faschismus“ genannt und betont, er habe nichts mit der Vergangenheit zu tun, aber die totale Kontrolle und Ausbeutung, die Gleichschaltung der Medien, der selbstgemachte Terror, die Militarisierung der Gesellschaft und die Angriffskriege seien dieselben Resultate. Nanni Moretti enthüllte in seinem Film „Der Kaiman“ offen die übelsten Charakterzüge Berlusconis, der in die Politik ging, um den drohenden Bankrott seines Firmenimperiums abzuwenden. Wenn Moretti am Ende zeigte, dass die Anhänger des Despoten nach dessen Verurteilung den Justizpalast in Brand steckten, erinnerte er daran, dass über den Amtszeiten Berlusconis immer der Schatten der P2 hing und damit die Drohung, mit hinlänglich bekannten Putschversuchen die Macht zu behaupten. Die Aktualität dieser Warnung wurde unterstrichen durch die jetzigen Staatsstreichdrohungen der rassistischen Lega Nord, bei einem Sieg von Mitte Links die reichen Nordregionen vom Zentralstaat abzuspalten.

Faschisten sind keine Rechte Mitte

Der Appell verhallte ungehört. Das Thema spielte auch diesmal in der Wahlkampagne keine Rolle. Obwohl Berlusconi sich mit seinem Bekenntnis zu „guten Taten“ des „Duce“ die meisten Stimmen der früheren AN-Faschisten (12 Prozent) sicherte und das Bündnis mit der Rassistischen Lega Nord erneuerte, wurde er auch in Bersanis DP und der römischen „Repubblica“ unverändert als Centro destra (Rechtes Zentrum) verharmlost. Hinzu kam, dass von Mitte Links und auch dem amtierenden Übergangspremier Monti nichts unternommen wurde, das reaktionäre Wahlgesetz Berlusconis durch ein normales, wenigstens bürgerlichen Ansprüchen genügendes zu ersetzen. Erneut konnte der Mediendiktator beim Stimmenfang auch sein Fernsehmonopol von drei Privatsendern einsetzen, das zu begrenzen und zu kontrollieren ebenfalls nichts unternommen wurde.

In Rom sind derzeit hektische Konsultationen im Gange, ob Bersani eine Regierungsbildung wagen oder der Weg sofortiger Neuwahlen eingeschlagen werden sollte. Nun steht im Mai die Neuwahl des Staatspräsidenten an, der in den letzten fünf Monaten seiner Amtszeit die Kammern nicht auflösen darf. Der derzeitige Amtsinhaber Giorgio Napolitano will nicht wieder kandidieren, nimmt sich aber am scheidenden Papst ein Vorbild und will durch seine Ablehnung von Neuwahlen seinem Nachfolger eine Vorgabe machen. Die Haltung des früheren Politbüromitglieds der IKP, der 1990/91 maßgeblich an der Liquidierung seiner Partei mitwirkte, nutzt wieder einmal der Rechten und vor allem Berlusconi, der Neuwahlen ablehnt, da er befürchtet, ein nochmaliges Comeback könnte misslingen. Denn unmittelbar nach den Wahlen hat die Mailänder Staatsanwaltschaft gegen den Ex-Premier den ersten von mehreren gegen ihn laufenden Prozessen wieder aufgenommen und ihn wegen einer illegalen Abhöraffaire zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bereits im Oktober 2012 war der Medienmilliardär wegen Steuerbetrug, Führung von Scheinfirmen und schwarzer Kassen im Ausland in erster Instanz zu vier Jahren Gefängnis und zur Zahlung von zehn Mio Euro an die Staatskasse verurteilt worden. Mehrere weitere Verfahren gegen ihn stehen vor der Wiederaufnahme, darunter ein Prozess wegen Geschlechtsverkehrs mit einer Minderjährigen und wiederum Amtsmissbrauch. Die Mailänder Staatsanwaltschaft will die Anklage jetzt auf Organisation eines „Systems umfassender Prostitution“ erweitern. Die zu „Partys“ in die Villa Berlusconis eingeladenen jungen Frauen, darunter Minderjährige seien bar bezahlt oder ihnen berufliche Perspektiven versprochen worden. In Neapel wird gegen ihn wegen Kauf eines Senators ermittelt. Der Medientycoon habe einem Senator der IdV für einen Wechsel zu seiner PdL drei Mio. Euro gezahlt. Das ermöglichte es 2008 die Mitte Links-Regierung von Romano Prodi im Senat durch ein Misstrauensvotum zu stürzen.

Der Kriminelle Berlusconi hätte niemals für das höchste Regierungsamt kandidieren dürfen

Seit Berlusconi im April 1994 Regierungschef wurde, führte die Justiz gegen ihn bis 2008, wie „Der Spiegel“ damals berichtete, 17 Prozesse wegen Korruption, Geldwäsche, illegalen Waffenhandels, Kapitaltransfers und der Führung von Tarnfirmen. Er wurde zu insgesamt über zehn Jahren Gefängnis und zehn Mio. DM Geldstrafe verurteilt. Ein derart kriminell belasteter Politiker hätte bei einer einigermaßen funktionierenden Demokratie gar nicht für das höchste Regierungsamt kandidieren dürfen. Da es nicht gelang, die Juristen generell mundtot zu machen, verschaffte sich der Regierungschef Immunität vor Strafverfolgungen durch eine von seiner Parlamentsmehrheit verabschiedete sogenannte „Lex Berlusconi“, die untersagte, strafrechtlich gegen ihn vorzugehen. Juristen, die dagegen protestierten, attackierte er als „rote Richter“, welche die Regierung stürzen wollten, beschimpfte sie in unflätiger

Weise als „Taliban“, „Schwerverbrecher“, „Eiterbeulen der Gesellschaft“. Das betraf 789 an Prozessen gegen ihn beteiligte Richter.

Auch jetzt bleiben in Rom Zweifel, ob es in einer derart maroden bürgerlichen Demokratie gelingen wird, den angeklagten Ex-Premier einer Strafe zuzuführen. So wurde er 2012 in einem Prozess wegen nachgewiesener Anwaltsbestechung in Höhe von 600.000 Euro wegen Verjährung freigesprochen. Italiens Mühlen der Justiz mahlen langsam. Die jetzigen Prozesse laufen in Erster Instanz. Gegen ein Urteil werden Berlusconi's Anwälte in Berufung gehen, und die kann bis zur letzten Instanz Jahre dauern

bleibt die derzeit nach dem Comeback diskutierte Frage, warum diesem Treiben bisher nicht Einhalt geboten werden konnte. Mit seinem, wie bereits erwähnt, von der EU und ihrer deutschen Führungsmacht geförderten Regierungskurs hat der mit Faschisten und Rassisten verbündete Berlusconi in einem in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen antikommunistischen Feldzug Kommunisten und alle Linken aus dem Parlament ausgeschaltet und mit seinen im Raum stehenden Drohungen einer Rückkehr des Terrors der Spannungsstrategie erreicht, dass diese sich duckten und nicht wagten, gegen diesen Demokratieverfall energisch vorzugehen.

Wie ist Beppe Grillo M5S einzuschätzen

Wie ist die Protestbewegung des Starkomikers Beppe Grillo und ihr sensationeller Wahlsieg von 25,5 Prozent einzuschätzen. Sein Movimento fünf Sterne (M5S) agierte bisher unter dem Slogan Vaffanculo, was man ins Deutsche am Treffendsten mit dem Götz von Berlichingen-Zitat übersetzt. Auch die Parlamentswahl wurde knallhart „Leck mich am Arsch-Tag“ (kurz V-Day) genannt. Nun hat Grillo hinter Bersani und Berlusconi den dritten Platz belegt. Fast alles dreht sich jetzt um die Frage, ob Grillo, der das gesamte politische Establishment bisher ablehnte, Bersani unterstützen wird, um eine Regierung mit der Volksfreiheitspartei (PdL) des faschistoiden Mediendiktators zu verhindern.

Der 1948 geborene Beppe Grillo, dessen Vorname eigentlich Giuseppe Piero lautet, wandte sich nach seiner Buchhalterlehre den Brettern zu, die die Welt bedeuten sollen. Für den Giovanni in „Keine Zeit für Wunder“ (Cercasi Gesu) erhielt er 1982 als bester Nachwuchsschauspieler den „David Donatello“ und den „Nastro d'Argento“ des Verbandes der Journalisten und Filmschaffenden. Schon bald wandte er sich der Satire zu und stieg zum brilliantesten politischen Komiker auf. Eine Zeitlang moderierte er die extra für ihn eingerichtete TV-Show „Grillometro“.

Der Sozialistenchef und Ex-Premier Bettino Craxi galt 1987 noch als ein ehrenwerter Mann, als ihn Grillo als den korruptesten Parteipolitiker Italiens entlarvte. Er nutzte dessen Besuch in Peking und bemerkte unter nicht enden wollenden Lachsalven:

„Wenn die Chinesen alle Sozialisten sind, wen bestehlen sie dann?“. Als Craxi Anfang der 1990er Jahre wegen Korruption in Höhe Hunderter Millionen Dollar zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt wurde und ins Ausland (Tunesien) floh, förderte das Grillos Aufstiege und der Korruptionsermittler der Mani pulite (Saubere Hände) Antonio di Pietro sprach ihm öffentlich seine Anerkennung aus. Nobelpreisträger Dario Fo gratulierte ihm zu seinem couragierten Engagement. Ob seiner immer schärfer werdenden Attacken auf Politiker aller Parteien wurde Grillo aus den Shows der öffentlich-rechtlichen Radiotelevisione Italiana (RAI) verbannt. In einem seiner letzten Auftritte erreichte er 16 Millionen Zuschauer.

Danach trat er mit großem Erfolg an Theatern und in Arenen in Italien und im Ausland auf. Seine Sternen-Themen wurden Wasserversorgung, Energiepolitik, Korruption, die Misere im Bildungswesen, Meinungsfreiheit und die Globalisierung mit ihren Resultaten wie soziales Elend, verschärfte Ausbeutung, wachsende Arbeitslosigkeit, die immer schlimmer werdenden Zustände im Gesundheitswesen und ein „sauberes Parlament“ mit Diätenkürzungen und ohne Wahlkampfkosten-erstattung. Vieles beschränkte sich auf reinen Protest. Erst im Wahlkampf wurden konkrete Forderungen formuliert und dabei auch die Militärausgaben kritisiert und der Truppenabzug aus Afghanistan gefordert. Grillo hat jedoch das kapitalistische System grundsätzlich nie abgelehnt. Mit der 2009 begonnenen V-Day-Kampagne stieg er zum erfolgreichsten Blogger Italiens und auf dieser Basis zum Gründer einer völlig neuen Partei auf, die über 50.000 Mitglieder erreichte. Sein täglich aktualisierter Blog auf Italienisch, Englisch und Japanisch rangierte zweitweise weltweit unter den Top Ten. Das „Time-Magazin“ wählte ihn 2005 wegen seines beständigen Kampfes gegen Korruption und Wirtschaftsskandale zu einem der „Europäischen Helden 2005“. In der „International Herald Tribune“ veröffentlichte er eine ganzseitige Anzeige in der er forderte, ins italienische Parlament dürfe niemand gewählt werden, der jemals als Krimineller verurteilt wurde. Eine gezielte Attacke gegen den in über einem Dutzend Prozessen verurteilten Berlusconi.

Nach Erfolgen 2012 bei den Regional (Landtags)- und Kommunalwahlen besetzte M5S viele Sitze in den Gemeindevertretungen, stellte u.a. in Parma den Bürgermeister und zog ins Regionalparlament von Sizilien ein, wo es mit Mitte Links kooperiert ohne in die Regierung einzutreten. Seine Abgeordneten kürzten drastisch ihre Diäten, die in einen Fond flossen, der u. a. an kleine und mittlere Unternehmensgründer Mikro-Kredite vergab.

Der Erfolg von M5S beruht auf der mit einer Radikalität vorgebrachten Kritik an Auswüchsen des herrschenden Systems, die den Linken, eingeschlossen die Kommunisten, längst Abhandengekommen ist. Der korrupte Berlusconi wurde als der reichste Kapitalist in seiner Rolle als schamloser Ausbeuter derart offensiv attackiert wie von Linken allenfalls auf der Straße. Die sozialen Themen, darunter die

Jugendarbeitslosigkeit, brachte Grillo nahezu pausenlos in seinem Blogg zur Sprache. Das Ergebnis war, dass nach Wahlanalysen über acht Millionen vor allem von den Linken, mit der es seit der Liquidierung der IKP 1989/90 nur noch bergab ging, enttäuschte Wähler für M5S otierten.

Nun ist das Movimento zum Zünglein an der Waage geworden, das gebraucht wird, um eine Regierung mit Berlusconi zu verhindern. Grillo lehnt bisher einen von Bersani angebotenen Dialog über eine wie in Sizilien praktizierte selbst punktuelle Zusammenarbeit mit Mitte Links ab. Er setzt typisch anarchistisch auf ein Chaos und auf einen neuen Urnengang, der jedoch, wie bereits erwähnt, erst nach der Wahl eines neuen Staatspräsidenten im Mai anberaunt werden könnte. Sollte es zu einer von seiner Basis zunehmend geforderten Unterstützung einer Mitte Links-Regierung kommen, hat er seinen Rücktritt angekündigt. Neben der Frage, ob bei M5S piratenähnliche Zustände eintreten, ist völlig offen, wie die meistens in der Parlamentsarbeit unerfahrenen Leute der Protestbewegung mit ihren Aufgaben zurecht kommen werden.

Die Kommunisten und die Linke haben diese Bewegung mehr als nur einfach unterschätzt. Sie stehen vor der Aufgabe, in die Analyse der Ursachen ihrer erneuten Niederlage die des Sieges von M5S einzubeziehen und auf ihre Basis ganz im Sinne der Bündnispolitik Antonio Gramscis zuzugehen.

Nachlese zur LL-Demo und den Spaltern

Heinz W. Hammer: Zurückweichen?

Lieber Frank, Kurt Gossweilers Zuschrift in »offen-siv« 1/2013 auf Seite 5 habt Ihr unter die Überschrift »LLL-Demo, Spalterumzug und Stalinbilder« gesetzt und dabei übersehen, dass es eine LL-Demo ist, also eine, die leider ausdrücklich nicht (mehr) neben Liebknecht und Luxemburg auch Lenin im Titel hat. Auch dies ein Beispiel für die anhaltende Schwäche der revolutionären Linken.

Ihr habt außerdem eine redaktionelle Fußnote mit Verweis auf das jW-Interview vom 11.12.2012 eingefügt. Am 14.12.2012 hatte ich hierzu einen dort leider nicht veröffentlichten Leserbrief eingesandt, den ich Euch hiermit zur Verfügung stelle, da er m.E. grundsätzlichen Charakter hat.

Solidarische Grüße

Heinz

Leserzuschrift an die jW vom 14.12.2012:

Betreff: »Zu den Kriegen kein Wort«, Interview mit Ellen Brombacher (kpf) und Klaus Meinel (DKP), jW vom 11.12.2012

Im jW-Interview, dass sich um den Spalteraufruf »Rosa & Karl« dreht, legt Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform der PDL Wert auf die Feststellung, »dass unser Bündnis diese Stalinverehrung auch nicht will«, bedauert, dass es nicht möglich sei, »dass einzelne solcher Transparente in der Demo mitgeführt werden« und appelliert an die »Genossinnen und Genossen, die eine andere Haltung zu Stalin haben, als die im Bündnis vorherrschende, vielleicht einfach mal Rücksicht auch auf unsere Überzeugungen zu nehmen und sich solidarisch zu verhalten.«

Nun muss man kein unkritischer Verehrer von Stalin sein, um anzuerkennen, dass unter seiner Führung, wie Ernst Thälmann es genannt hat, die Rote Armee der Sowjetunion »Hitler das Genick gebrochen« hat und daher das Mitführen von Stalinbildern bei der jährlichen Demonstration anlässlich des Jahrestags der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durchaus seine Berechtigung haben kann. Doch Thälmann dürfte genauso auf der Indexliste der Spalter stehen wie der legendäre antikolonialistische Freiheitskämpfer Ho Chi Minh. Und auch Erich Honecker, den die deutschen Faschisten 1935 – 1945 ebensowenig brechen konnten wie die »freiheitlich-demokratische« Klassenjustiz 1989-1993, soll mitsamt den Erfahrungen der sozialistischen DDR dem Vergessen anheim fallen. Hier wird von diesen »emanzipatorischen Linken« Geschichte zurecht gelogen, dass sich die Balken biegen. Und ein Kotau vor solchen Leuten hat noch niemals irgendeinen Fortschritt bewirkt. Im Gegenteil wird dadurch freiwillig politisches Terrain preisgegeben. Denn wer wird als nächstes auf dem Index der Zensoren stehen? Fidel Castro? Hugo Chávez? Nelson Mandela? Auch sie waren einst bzw. sind militärische Führer.

Frau Brombacher meint in Bezug auf das Mitführen von Stalin-Portraits, dass man »der Demo nicht effektiver schaden kann, wie die aktuellen Ereignisse zeigen« und liegt damit grundfalsch. Vielmehr ist es so, dass man dem gemeinsamen Anliegen wohl eher dadurch schadet, dass man vor Spaltern inhaltlich zurückweicht.

Redaktion offen-siv: Ho Chi Minh auf dem Index der Spalter!

Heinz W. Hammer spricht in seinem Leserbrief die Unglaublichkeiten an, die die so genannten „emanzipatorischen Linken“ sowohl Vorfeld als auch während ihrer Spalterdemo in Berlin von sich gegeben haben. Sie haben u.a. verboten, „Nationalflaggen von noch nicht existierenden Staaten“ mit sich zu tragen, womit sie natürlich Palästina meinen, und sie haben tatsächlich den Bann u.a. über Ho Chi Minh

ausgesprochen. Um zu verdeutlichen, wen und was sie da verdammen und ausschließen wollen, drucken wir im Folgenden das so genannte „Testament“ Ho Chi Minhs vom 10. Mai 1969 im Wortlaut nach.

Red. Offen-siv

Ho Chi Minh: Testament, 10. Mai 1969

Im patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression werden wir gewiss noch größere Schwierigkeiten ertragen, neue Opfer bringen müssen, aber der völlige Sieg ist unausweichlich.⁶

Das ist absolut gewiss. Wenn dieser Tag gekommen ist, möchte ich eine Reise durch den Norden und den Süden machen, um unseren Landsleuten zu gratulieren, unseren heldenhaften Offizieren und Soldaten, um unsere alten, unsere jungen Menschen, unsere vielgeliebten Kinder aufzusuchen.

Dann werde ich mich im Namen unseres Volkes in die Bruderländer des sozialistischen Lagers begeben, in die befreundeten Länder der ganzen Welt, um ihnen dafür zu danken, dass sie von ganzem Herzen unser Volk in seinem patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression unterstützt haben.

Tu Fu, der bekannte chinesische Dichter der Tang-Periode, hat geschrieben: „Zu allen Zeiten waren diejenigen selten, die das Alter von siebzig Jahren erreicht haben.“ Mit meinen neunundsiebzig, die ich dieses Jahr erreicht habe, gehöre ich zu diesen „seltenen“ Leuten, aber mein Geist ist immer noch klar, wenn auch meine Gesundheit im Vergleich zu früheren Jahren etwas geschwächt ist. Wenn man mehr als siebzig Mal den Frühling erlebt hat, geht es mit der Gesundheit abwärts, je weiter das Alter fortschreitet. Daran ist nichts Verwunderliches.

Aber wer kann voraussagen, wie lange ich der Revolution, dem Vaterland, dem Volke noch werde dienen können?

⁶ Am 3. September 1969 stirbt Hồ Chí Minh, der Präsident Nordvietnams. Am 28. Januar 1973 vereinbaren Henry Kissinger und Lê Đức Thọ, der Nachfolger von Hồ Chí Minh, einen Waffenstillstand. Damit endet die direkte Kriegsbeteiligung der USA, die Waffenlieferungen an Südvietnam gehen jedoch weiter. Die Nordvietnamesen setzen den Kampf gegen Südvietnam fort. Die Volksbefreiungsarmee erzielt fortlaufend Gewinne in Südvietnam. Am 21. April 1975 steht Saigon vor dem Fall, Staatschef Nguyễn Văn Thiệu legt sein Amt nieder, die letzten verbliebenen Vertreter der USA werden evakuiert. Am 30. April wird Saigon eingenommen, Südvietnam kapituliert bedingungslos. Der Vietnamkrieg ist damit zu Ende. Am 2. Juli 1976 werden Nord- und Südvietnam in der „Sozialistischen Republik Vietnam“ vereint. Saigon, die ehemalige Hauptstadt Südvietnams, wird in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt.

Darum hinterlasse ich diese wenigen Zeilen im Vorausblick auf jenen Tag, da ich Karl Marx und Lenin, den Verehrungswürdigen, folgen werde und auch unseren revolutionären Ahnen. So werden unsere Landsleute im ganzen Land, die Genossen der Partei und unsere Freunde in der Welt nicht davon überrascht werden.

Zuerst möchte ich von der Partei sprechen. Dank der engen Gemeinschaft, die sie in ihrem Schoß verwirklicht hat, dank der Tatsache, dass sie der Arbeiterklasse, dem Volk, dem Vaterland restlos ergeben ist, hat unsere Partei seit ihrer Gründung vermocht, unser Volk zu einen, zu organisieren, zu leiten, es in den leidenschaftlichen Kampf und von Sieg zu Sieg zu führen.

Die Einheit ist eine überaus kostbare Tradition unserer Partei und unseres Volkes. Mögen alle Genossen, von den Mitgliedern des Zentralkomitees bis zu den Genossen der Basiszellen, den Zusammenschluss, die Einheit der Partei bewahren wie ihren Augapfel.

Im Schoß der Partei gilt es, eine breite Demokratie zu praktizieren, regelmäßig und in ernsthafter Weise Kritik und Selbstkritik zu üben. Das ist das beste Mittel zur Festigung und Entwicklung des Zusammenschlusses und der Einheit der Partei. Es ist wichtig, dass alle Genossen durch eine wahre Zuneigung untereinander verbunden sind.

Wir sind eine an der Macht befindliche Partei. Jedes Parteimitglied, jeder Funktionär, muss sich zutiefst die revolutionäre Moral zu eigen machen, ein wahres Beispiel liefern für Fleiß, Sparsamkeit, Integrität, Geradheit, völlige Hingabe an die gemeinsame Sache, vorbildliche Selbstlosigkeit. Der Partei muss ihre völlige Reinheit erhalten bleiben. Es gilt, sich der Rolle als Führer, als wirklich treuer Diener des Volkes als durchaus würdig zu erweisen.

Die Mitglieder des Verbandes der werktätigen Jugend und unsere jungen Menschen sind in der Gesamtheit von ausgezeichneter Natur, brennen darauf, sich einzusetzen für die Aufgaben der Vorhut, fürchten kaum die Schwierigkeiten, streben unablässig nach dem Fortschritt. Unsere Partei muss sich darum kümmern, dass sie mit einer hohen revolutionären Moral ausgerüstet werden, muss sie zu Fortsetzern des Werkes des sozialistischen Aufbaus erziehen, die zugleich „Roter“ und „Fachmann“ sind.

Die Heranbildung und Erziehung der kommenden revolutionären Generation ist eine überaus wichtige und notwendige Aufgabe. Unser werktätiges Volk, in der Ebene wie in den Gebirgsregionen, hat seit Jahrhunderten Tausende Entbehrenungen und Schwierigkeiten erduldet, es hat darüber hinaus unter zahlreichen Kriegsjahren gelitten.

Nichtsdestoweniger beweist unser Volk einen großen Heroismus, großen Mut, brennende Begeisterung und großen Fleiß bei der Arbeit. Seit ihrer Gründung ist es der Partei stets gefolgt und immer treu geblieben.

Die Partei muss einen guten Plan entwerfen, um Wirtschaft und Kultur zu entwickeln, damit das Lebensniveau des Volkes stets gehoben wird.

Der Widerstandskrieg gegen die amerikanische Aggression kann sich noch lange hinziehen. Es kann sein, dass unsere Landsleute neue Opfer an Gütern, an Menschenleben auf sich nehmen müssen. Wie dem auch sei, wir müssen entschlossen sein, den amerikanischen Aggressor bis zum endgültigen Sieg zu bekämpfen.

Unsere Flüsse. Unsere Berge, unsere Menschen werden immer bleiben, ist der Yankee geschlagen, erbauen wir das Land zehnmal schöner als je.

Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiss den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewissheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiss wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben.

Um die kommunistische Weltbewegung:

Ich habe mein ganzes Leben dem Dienst an der Revolution gewidmet. Je mehr Stolz ich empfinde, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung anwachsen zu sehen, um so mehr leide ich unter den Meinungsverschiedenheiten, die gegenwärtig die Bruderparteien voneinander trennen. Unsere Partei leistet ihr Bestes, um wirksam beizutragen zur Wiederherstellung der Einheit zwischen den Bruderparteien auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus in einer Weise, die den Forderungen der Herzen und der Vernunft entspricht.

Ich glaube fest daran, dass die Bruderparteien und Bruderländer sich wieder einigen werden.

Zu persönlichen Angelegenheiten:

Während meines ganzen Lebens habe ich dem Vaterland, dem Revolution und dem Volk von ganzem Herzen gedient. Müsste ich jetzt diese Welt verlassen, hätte ich mir nichts vorzuwerfen und bedauere nur, nicht länger und noch mehr dienen zu können.

Man soll es vermeiden, nach meinem Tode große Beisetzungsfestlichkeiten zu veranstalten, um Zeit und Geld des Volkes nicht zu vergeuden.

Zum Schluss möchte ich unserem ganzen Volk, unserer Partei, allen unseren bewaffneten Kräften, meinen Nichten und Neffen, den Jugendlichen und Kindern, meine grenzenlose Zuneigung bekunden.

Ich richte ferner einen Brudergruß an die Genossen, an die Freunde, die Menschen und die Kinder in der ganzen Welt.

Mein letzter Wunsch ist, dass unsere ganze Partei, unser ganzes Volk, eng zusammengeschlossen im Kampf, ein friedliches, vereinigtes, unabhängiges, demokratisches, blühendes Vietnam erbauen und damit einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leisten

Ho Chi Minh, 10.05.1969

Resonanz

Dieter Itzerott: Unverzichtbar - zu offen-siv Jan.-Febr. 2013

Anna C. Heinrich und Frank Flegel haben sich in der Ausgabe Januar-Februar 2013 der offen-siv zum Zustand der kommunistischen Kräfte in der BRD geäußert. Man muss nicht jedem Detail ihrer Analyse zustimmen, aber ihre Feststellung, dass „die Gegenkräfte gegen den Revisionismus durch die Entwicklung weiter geschwächt wurden und auch zentristische Kräfte sich weiter ausbreiten konnten“ muss man wohl zustimmen.

Mich beunruhigen die letzten zwei Zeilen ihrer Analyse, in denen die Frage gestellt wird, ob „offen-siv“ die entstandene Lage überlebt.

Ich kann darauf nur antworten: „offen-siv“ muss überleben, sie ist mit ihrer marxistisch-leninistischen Grundposition und ihrem konsequenten Kampf gegen Revisionismus und Zentrismus unverzichtbar! Sie wird gebraucht, und es müssen Wege gefunden werden, ihre Basis zu stärken.

Und Ihr beiden seid ebenfalls unverzichtbar!

4.2.2013, Dieter Itzerott

Emko: Leserbrief zur Offensiv 1/2013 - Wichtiger als die Rest-Offensiv

Anderes ist in diesen Tagen viel wichtiger als die Rest-Offensiv - ¡Viva Chávez! ¡Viva la Venezuela bolivariana! ¡Viva la paz! Imperialismus stoppen - Hoch Assad und die Kämpfer der syrischen Armee!;

dennoch: **Leserbrief zur Offensiv 1/2013 (geschrieben 17.01.; heute, 07.03.2013, wiedergefunden)**

Werte Offensiv-Redaktion,

nach den letzten Ausgaben der Offensiv, irritierend ob ihres Verlustes von Niveau und argumentativer Schärfe, erschien nun die dickere und vom Inhaltsverzeichnis her interessantere Artikel versprechende Nummer 1/2013. Als bisheriges KI-Leitungsmitglied interessierte mich besonders der Artikel über die kommunistischen Kräfte in der BRD, zu lesen ab S. 68. Danach verdonnerte ich mich nun, aller Würgeflexe zum Trotz, zu einer Reaktion:

Die beiden Redakteure formulieren unter vielem anderen Fragwürdigen über die KI: "Die mit einem unglaublichen Wagenburgdenken verbundene rüde Form der Kritik nach innen und die ebenso rüde Abgrenzungspraxis nach außen, dazu die innere, informelle Machtstruktur, die jedes gewählte Organ aushebelte und eine wachsende Anzahl nicht mehr diskutierbarer Wertungen und Entscheidungen hervorbrachte, ließen uns persönlich keine andere Möglichkeit mehr" (als aus der KI auszutreten; S.74).

Nun kann man ja vieles kritisieren und diskutieren, Schubladen aufziehen und wieder schließen, grundlegende Entwicklungen im Positiven wie Negativen klar benennen. Genau dies wäre mir bei den beiden Redakteuren zuvor aufgefallen als jemandem, der die KI-Entwicklungen hautnah mitverfolgt und der auch den Rückzug des Redakteurs und KI-Leitungs-Mitglieds FF miterlebt hat. Der trat zurück und später aus, nur ganz kurz, nachdem er sich lächelnd als Bildungsverantwortlicher hat wählen lassen, und (mit-)verfasste nun diesen Artikel.

Er sah "persönlich keine andere Möglichkeit mehr", und ich grabe in meiner Erinnerung: Wo war sie denn, seine Kritik als KI-Vorständler zu so etwas wie "Wagenburgdenken", "rüder Kritik", "informeller Machtstruktur" etc.? Wann wurde sie formuliert?

Es gab sie nicht. Es gab nichts, nothing, nix, ничего, nada, niente. Aber einen Rücktritt/Austritt des Redakteurs FF gab es. Wann? Ach ja, genau nachdem (!!!) in der KI Kritik laut geworden war zu seinem undemokratischen Alleingang in der

Veröffentlichung des Heftes 3/2012, in welchem als längst abgehakt vermutete revisionistische Gedanken wieder auftauchten.

Was formulierte FF damals kleinlaut zur Kritik aus der KI an dem Heft und seiner Vorgehensweise? "Es sind erhebliche Mängel, die ich hier über mich selbst feststellen muss... Leider gibt es einen weiteren Bereich meiner Tätigkeit, der, wenn man ihn genauer betrachtet, noch schlechter gelungen ist, nämlich die Bildungsarbeit." (Mail vom 25.03.12)

Und tschüss? - Ja. Als Bildungsverantwortlicher der KI mit bis dahin viel Ansehen. Na und? Konnten nun die jungen Genossen, deren Lehrer er war, doch sehen, wo sie blieben.

Und tschüss. Die weitergehende Larmoyanz jener Mail von März wie auch folgender sei hier zur Schonung der Lesenden zurückgestellt, aber betont, dass hier wie dort nur mit zunehmender Weinerlichkeit persönliche Motive benannt wurden. Kein Wort politischer Kritik an der KI und ihren Strukturen, nein.

"... ließen uns persönlich keine andere Möglichkeit mehr"? Ach so? Das klang vor wenigen Monaten noch ganz anders: "Inzwischen habe ich genügend Schaden angerichtet und genügend Schuld auf mich geladen... Bitte streicht mich aus den Mitgliederlisten der KI." (Mail vom 03.05.12)

Kritik und Selbstkritik sind unverzichtbare Bestandteile, wenn ein gesellschaftlicher Fortschritt erzielt werden soll. Fehlentwicklungen können erkannt und korrigiert, ein Kurs oder auch nur die Taktzahl verändert werden. Diese Kritik, zu Recht oder Unrecht zu z.B. "Wagenburgdenken", "rüder Kritik", "informeller Machtstruktur" von Seiten des Redakteurs geäußert, ist nie erfolgt (und eine generelle Auswertung seitens der KI mir nicht bekannt)! Demgegenüber und somit ist in dem fraglichen Artikel nichts anderes als eine Selbst-Aufwertung des Redakteurs feststellbar. Selbstbeschönigung. Ich wusste es schon immer. Unschuldsgetue. War ich überhaupt dabei?

Nun denn: Mit diesem Artikel haben die Redakteure das Raum-Zeit-Logik-Kontinuums bishin zur Fiktion verbogen. Natürlich hat dies und die damit verbundene geschönte Selbstdarstellung eine Funktion. Welche, das liegt auf der Hand.

Meine Erwartungen an die Offensiv haben sich damit erledigt.

Der Kampf geht weiter.

7.3.2013, Emko

PS: diesen Leserbrief ganz oder gar nicht - entstellende Kürzungen mag ich nicht. Daher diese Mail in BCC an einige andere.

Dietrich Kittner ist tot.

Er war einer der großen kommunistischen Künstler der BRD, denn er war klar und unbestechlich auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts, also auf der Seite des Sozialismus, auf der Seite der Arbeiterklasse und all derjenigen, die sich gegen die kapitalistischen Verhältnisse von Imperialismus, Ausbeutung, Unterdrückung, Neofaschismus und Krieg wehren. Er war kompromisslos gegenüber den Herrschenden und er wusste, wer hier herrscht: nicht die marionettenhaften Politiker, sondern das Großkapital. Diese Erkenntnisse wusste er in einer beeindruckend wirkungsvollen Art auf die Bühne des Kabarets zu bringen, er fesselte sein Publikum. Die von ihm gegründeten Bühnen in Hannover (Theater an der Bult und Theater am Küchengarten) waren immer - ich wiederhole: immer - ausverkauft. Selbstverständlich wurde er von den Herrschenden mit einem nie offen ausgesprochenen, aber faktisch immer durchgesetzten Fernsehverbot belegt.

Ich habe Dietrich im Sommer 1969 im damaligen „Club Voltaire“ in Hannover kennen gelernt. Es waren die Tage der Rot-Punkt-Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover, tagsüber waren wir auf der Straße und abends wurden zunächst die Aktionen des nächsten Tages geplant und dann ging Dietrich auf die Bühne. Ich selbst war damals ein erst 16-jähriger Schüler und konnte nicht viel zu den Diskussionen beitragen, aber deutlich wurde mir, dass das, was ich hier erlebte, meine wirkliche Schule war und bleiben musste. Im Frühjahr des nächsten Jahres begann ich, das „Kapital“ von Karl Marx durchzuarbeiten. Das hat drei Jahre gedauert und hat mein Leben verändert - und Dietrich hat keinen geringen Anteil daran, dass das geschehen ist.

Vom bürgerlichen Feuilleton wurde Dietrich schon immer und wird ihm auch heute noch, sogar in den Meldungen über seinen Tod, vorgeworfen, dass er kompromisslos zur DDR und zum Sozialismus stand.

Was diese Damen und Herren nicht begreifen können ist, dass genau das seine Stärke war. Für ihn waren Anpassung, Duckmäusertum oder gar Verrat an der kommunistischen Überzeugung unmöglich.

Es ist einer gegangen, der ein Fels in der Brandung war. Solche wie er sind heute selten geworden, dabei bräuchten wir sie so sehr.

Nehmen wir uns ein Vorbild an ihm!

Frank Flegel

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt